Inhaltsverzeichnis

1. European Aeronautic Defence and Space Company
2. Wirtschaftsrat der CDU
3. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
4. Amisa2
5. Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie
6. Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie
7. Forum Luft- und Raumfahrt
8. BITKOM
9. AeroSpace and Defence Industries Association of Europe
10. European Organisation for Security
11. German European Security Association
12. Kangaroo Group
13. Sky and Space
14. Förderkreis Deutsches Heer
15. Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik

Airbus Group

Airbus Group	
Branche	Luft- und Raumfahrt sowie Rüstung
Hauptsitz	Leiden/Niederlande
Lobbybüro Deutschland	Rahel-Hirsche-Straße 10, 10557 Berlin
Lobbybüro EU	Brüssel, Avenue Marnix 28
Webadresse	www.airbusgroup.com

Als größter europäischer Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern (21% seiner Umsätze erwirtschaftete Airbus 2020 mit Wehrtechnik [1]) ist Airbus in hohem Maße von Entscheidungen von Regierung und Parlament auf nationaler und europäischer Ebene abhängig. Staatliche Stellen setzen in diesem Bereich wichtige Rahmenbedingungen, vergeben Aufträge und fördern bestimmte Projekte mit Forschungs- und Entwicklungssubventionen. Vor diesem Hintergrund hat das Unternehmen ein großes Interesse daran, Entscheidungsträger auf diesem Gebiet in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Inhaltsverzeichnis

1 Der Konzern und seine Aktivitäten 2
2 Leitungsgremien 3
2.1 Verwaltungsrat ("Board of Directors) 3
2.2 Executive Committee 3
3 Mitgliedschaften 3
4 Lobbytätigkeit 4
4.1 Brüssel 4
4.2 Berlin 5
5 Lobbyisten im Auswärtigen Amt 5
6 Fallstudien und Kritik 5
6.1 Studie: Einfluss der Rüstungsindustrie in Deutschland 5
6.2 Eurofighter und Österreich 5
7 Weiterführende Informationen 6
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 6
9 Einzelnachweise 6

Der Konzern und seine Aktivitäten

Die **Airbus SE.**, Leiden/Niederlande, die sich von 2000 bis 2013 **EADS** (European Aeronautic Defence and Space Company) und von 2013 bis 2017 **Airbus Group** nannte, ist die Muttergesellschaft einer der bedeutendsten Luft-/Raumfahrt- und Rüstungskonzerne. Weltweit wurde 2020 mit ca. 130 Tsd. Beschäftigten ein Umsatz von ca. 50 Mrd. Euro erzielt.[2] Die Konzernzentrale befindet sich im französischen Toulouse. Es gibt die folgenden Geschäftsbereiche: Commercial Aircraft, Helicopters und Defence and Space. Airbus beschäftigt knapp die Hälfte aller Beschäftigten in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie an seinen 27 Standorten.[3] Die Bundesregierung ist einer der wichtigsten Kunden im Geschäftsbereich „Aerospace and Defence“.[4]

Im Januar 2022 verfügten die staatlichen Beteiligungsgesellschaften Frankreichs (SOPEGA), Deutschlands (GZBV mbH & Co. KG) und Spaniens (SEPI) mit einem gemeinsamen Anteil von 25,9 % an der Airbus SE über eine Sperrminorität.[5]

Leitungsgremien

Verwaltungsrat ("Board of Directors)

Die Mitglieder sind hier abrufbar. Vorsitzender ist René Obermann.

Executive Committee

Das Executive Committee unterstützt den Vorsitzenden (CEO). Die Mitglieder sind hier abrufbar. CEO ist Guillaume Faury

Mitgliedschaften

- Wirtschaftsrat der CDU
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
- Amisa2
- Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI)
- Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV)
- Forum Luft- und Raumfahrt (FLR)
- Aviation Initiative for Renewable Energy in Germany (Aireg)
- Deutsches Verkehrsforum
- Grüner Wirtschaftsdialog
- BITKOM
- AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD),
- European Organisation for Security (EOS)
- German European Security Association (GESA) (2015 aufgelöst)
- Cercle des Délégués Permanents Français (CDPF)
- Kangaroo Group
- Eurospace
- Space Foundation
- Sky and Space
- Europe et Défense
- European Satellite Operators Association (ESOA)
- European Forum for Manufacturing (EFM)
- AFEP
- Förderkreis Deutsches Heer
- Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik
- Förderkreis Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP): Die Airbus-Spenden sind höher als 100 Tsd. Euro

Quellen: [6], [7] und Webseiten der genannten Organisationen

Lobbytätigkeit

Brüssel

Laut Transparenzregister der EU sind in Brüssel 12 Personen mit der Lobbyarbeit betraut, wobei sich in Vollzeit übersetzt 5,2 Stellen ergeben.
Cheflobbyistin ist:

- Nathalie Errard, Senior Vice President, Head of Europe and NATO Affairs

Zugang zum Europäischen Parlament haben:

- Nathalie Errard
- Zarina Danling
- Markus Broich

Die Airbus Group nimmt an den folgenden **EU-Strukturen und Plattformen** teil:

- AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD)
- European Organisation for Security (EOS)
- Cercle des Délégués Permanents Français (CDPF)
- European Satellite Operators Association (ESOA),
- Official Spanish Chamber of Commerce in Belgium and Luxembourg
- Weitere: NEREUS, A4E, EARSC, Eurospace, AFEP, Amisa2, AVISA, EBIT, BBE, ECSO, ERT, GAIA-X, Hydrogen Europe, CEOE

EU-Parlament:

- Kangaroo Group (EU-Parlament)
- Sky and Space Intergroup (Eu-Parlament)

EU-Kommission:

- Commission expert group on Policies & Programmes relevant to EU Space, Defence and Aeronautics Industry (SDA)
- Consultative Forum on EU External Aviation Policy
- PLATFORM ON SUSTAINABLE FINANCE
- Strategic Advisory Board for the Quantum Technology FET Flagship

Quelle: Transparenzregister der EU

Die **Lobbyausgaben** werden für 2020 mit 1.25 Mio. - 1.5. Mio. Euro im EU-Transparenz geschätzt. 2014 wurden sie mit 400 Tsd. bis 500 Tsd. Euro beziffert.

Berlin

Alexander Reinhardt, Cheflobbyist für Deutschland (Head of Public Affairs Germany Airbus), ist Stellv. Vorsitzender der Bundesarbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Wirtschaftsrat der CDU[8]

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Die Tätigkeit eines EADS-Mitarbeiters im Außenministerium ist bekannt.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer, zwischen 2002 und November 2006, mindestens im November 2006[9][10]
Mitarbeiter	Ein Mitarbeiter
Bearbeitete Themen	Einsatz in der Abteilung für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung

Fallstudien und Kritik

Studie: Einfluss der Rüstungsindustrie in Deutschland

2020 veröffentlichte Transparency International eine Studie, in welcher die Einflussmöglichkeiten der Rüstungslobby auf die Politik dargelegt werden. Danach hat Airbus, wie schon in den drei vorausgehenden Jahren, im Jahr 2016/2017 eine unbestimmte Geldsumme von mehr als 100 000 Euro an den renommierten Think Tank Deutsche Gesellschaft für Außenpolitik (DGAP) gespendet, in dem Airbus Mitglied ist. Der ehemalige Chef der Airbus Gruppe, Thomas Enders, ist 2019 Präsident der DGAP geworden.[11] Der unter diesen Bedingungen zu vermutende Einfluss von Airbus auf die DGAP ist von besonderer Bedeutung, weil diese wesentlich an der Ausarbeitung des Weißbuches der Bundeswehr aus dem Jahr 2016 mitgewirkt hat.[12]

Eurofighter und Österreich

Seit 2011 ermittelte die östereichische Staatsanwaltschaft gegen EADS wegen Korruptionsvorwürfen in Millionenhöhe. Die EADS Deutschland GmbH soll österreichische Beamte und Politiker beim Verkauf von 15 Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter Typhoon über Jahrzehnte geschmiert haben[13] und den Österreichischen Staat in einer Art betrogen haben, der diesen zum Kauf von Flugzeugen dieses Typs gebracht haben soll[14]. Inhalt des Betruges sei gewesen, dass sich Airbus zur Lieferung von Flugzeugen vertraglich verpflichtet hätte, die absehbar nicht geleistet hätte werden können und auch eine Nachrüstung in den vereinbarten Bauzustand wirtschaftlich nicht möglich gewesen wäre.[15]Zusätzlich sei der Kaufpreisvon 183,4 Mio. Euro deshalb zustande gekommen, weil mit diesem im Rahmen des Eurofighter-Deals kriminelle Geschäfte finanziert worden seien.[16]
Laut der österreichischen Justiz wurden "im Rahmen des EADS-Konsortiums [...] eine kriminelle Vereinigung gegründet, um über Scheinverträge Gelder [...] für korrupte Zwecke verfügbar zu machen".[13] Von den 184 Mio. Euro Kaufpreis seien laut Staatsanwaltschaft allein 20 Millionen für die Anbahnung des Geschäfts

nutzbar gemacht worden, 114 Millionen Euro seien dagegen an eine von der EADS gegründete Briefkastenfirma namens Vector Aerospace LLP geflossen.[17] Wohl soll über diese Firma Geld ausgeflossen sein, um die Kaufentscheidung auf den gewünschten Flugzeugtyp zu lenken oder diese Entscheidung nachträglich zu honorieren.[18]

Dabei sollen zwischen 2005 und 2008 mindestens 50 Mio. Euro an fünf Person ausgezahlt worden sein. [19] Laut Reuters diente das Netzwerk dazu, die Kontrahenten von Airbus, Saab und Lockheed Martin, ebenfalls große Rüstungsproduzenten, bei der Auftragsvergabe auszustechen. [19] Ein Teil der Gelder sollte wohl auch an Akteure des Airbus-Konsortiums zurückfließen.[20] Gleichzeitig ermittelt die britische Antikorruptionsbehörde Serious Fraud Office gegen Astrium, eine Tochterfirma von EADS. Dieser wird vorgeworfen, bei einem Geschäft mit Saudi-Arabien in Millardenhöhe, Bestechungsgelder gezahlt zu haben. [13]

Die seit 2021 wegen Verdachts der Bestechung ausländischer Beamter ermittelnde Münchner Staatsanwaltschaft hat 2018 gegen die Airbus Deutschland GmbH einen Bußgeldbescheid in Höhe von 81,25 Mio. Euro erlassen.[21]

Weiterführende Informationen

- Transparency International: Analyse des Einflusses der Rüstungsindustrie auf die Politik in Deutschland, Zusammenfassung
- Zahlen zu Airbus Lobbyaktivität in den Vereinigten Staaten von Amerika
- EU-Transparency Register
- Rüstungslobby wird es in Deutschland zu leicht gemacht, Stern vom 21.10.2020.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Vernetzte Waffenschmieden- Rüstungsindustrie in Deutschland rosalux.de, abgerufen am 31.03.2022
2. ↑ Who we are, airbus.com, abgerufen am 11.01.2022
3. ↑ Airbus in Deutschland, airbus.com, abgerufen am 12.01.2022
4. ↑ Public Affairs, airbus.com, abgerufen am 12.01.2022
5. ↑ Shareholder structure, airbus.com, abgerufen am 11.01.2022
6. ↑ EU Transparenzregister, ec.europa, abgerufen am 14.12.2023
7. ↑ Public Affairs/About us, airbus.com, abgerufen am 14.12.2023
8. ↑ Wirtschaftsrat der CDU, webarchive.org, abgerufen am 15.01.2022
9. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 08.09.2011

10. ↑ Antwort der Bundesregierung auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter zugriff 09.09.2011
11. ↑ Defence Industry Influence in Germany, S. 15 f., Studie von Transparency International vom Oktober 2020, abgerufen am 14.01.2022.
12. ↑ Defence Industry Influence in Germany, S. 15 f., Studie von Transparency International vom Oktober 2020, abgerufen am 14.01.2022.
13. ↑ [13,013,113,2] Europaweites Netz von Schmiergeldzahlungen, www.sueddeutsche.de vom 10.11.12, abgerufen am 12.11.12
14. ↑ Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben, Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
15. ↑ Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben, Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
16. ↑ Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben, Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
17. ↑ Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben, Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
18. ↑ Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben, Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2021.
19. ↑ [19,019,1] Münchner Ankläger werfen EADS Bestechung vor,www.reuters.com vom 19.11.12 abgerufen am 19.11.12
20. ↑ Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben, Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
21. ↑ Airbus muss über 81 Millionen Euro Bußgeld zahlen, BR vom 09.02.2018, abgerufen am 08.01.2022

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist eine Vorfeld-Organisation der CDU. Der Wirtschaftsrat ist kein Gremium innerhalb der Partei, sondern ein sehr einflussreicher Lobbyverband von unionsnahen Unternehmer:innen mit rund 12.000 Mitgliedern. Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca, 18,4 Mio. Euro, die Lobbyausgaben bei 4,9 Mio. Euro.[1]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordneten Christian Freiherr von Stetten (mittelstandspolitischer Sprecher und Vorstandsmitglieder der Unionsfraktion im Bundestag) [2][3], sowie der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz, der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war [4] .

Wirtschaftsrat der CDU e.V.	
Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründungsdatum	1963
Hauptsitz	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.wirtschaftsrat.de

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.[5] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftrat Klimaschutz aus. [6]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.[7][8][9][10] In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der Wirtschaftsbeirat Bayern tätig, welcher der CSU nahe steht.[11]

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten 8
2 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand 9
3 Geschichte 9
4 Fallstudien und Kritik 10
4.1 Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser 10
4.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser 10
4.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie 11
4.4 Gegner des Lieferkettengesetzes 12
4.5 Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats 12
4.6 Kontroverse um den Landesdatenschutz 13
5 Finanzen 13
6 Zitate 13
7 Organisationsstruktur und Personal 14
8 Die Landesverbände 20
9 Netzwerke 21
9.1 Wirtschaftsbeirat Bayern 21
9.2 Ludwig-Erhard-Stiftung 21
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 21
11 Einzelnachweise 21

Aktivitäten

Laut Lobbyregister hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden Themen: Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind hier abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen Positionspapieren nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.[12] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns[13][14]). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied Roland Koch als Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung eine wichtige Rolle.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen[15]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.[16]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein Rechtsgutachten, das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.[17] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrechts der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.[18] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.[19]In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht. [20]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".[21]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue Studie zum CDU-Wirtschaftsrat. In dieser Studie wird die Strukutur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.[22] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder. [23]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO2-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.[24] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.[5]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner Fritz Vahrenholt[25][26] als Referenten statt.[27] Vahrenholt hat die Initiative Rettet unsere Industrie gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen"

Preise nicht bezahlen kann oder will.“[28] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.[29] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO2 in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet .[30]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann. [31] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.[32] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.[31]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist. [33] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmen MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkomissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U.M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."[34] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."[35] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit

unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."[36] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.[36]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“[37] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“ [37]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.[38] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.[37]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftliches Beirates des Wirtschaftsrats Lars P. Feld ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so Feld. [39] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.[40] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehre. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).[41]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die *„Regelungen wurden abgeschwächt“.*[42] Ein LobbyControl Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich hier.

Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.[43] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik. In den vergangenen Jahren waren u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Bundesminister:innen Jens Spahn, Peter Altmaier, Anja Karliczek und Annegret Kramp-Karrenbauer

zu Gast. Sie trafen auf ranghohe Vertreter:innen zahlreicher großer Unternehmen, wie RWE, BMW, Siemens, der Deutschen Bank oder Daimler.

Führende Politiker:innen von CDU und CSU loben den Wirtschaftstag:
Paul Ziemiak (Generalsekretär der CDU) : *"Der Wirtschaftstag ist das politische Großereignis in Berlin, wenn es darum geht, dass Politik mit Wirtschaft ins Gespräch kommt."* [44]

Nadine Schön (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion): *"[Der Wirtschaftstag] ist ein Tag, an dem vor allem die Vernetzung im Vordergrund steht, an dem viele Unternehmen sich auch mit der Politik vernetzen und austauschen und das halte ich gerade in diesen Zeiten für besonders wichtig."* [45]

Andreas Scheuer (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur): *"Ich bin froh über dieses Engagement. Unterstützung, kritisch sein, treiben – das brauchen wir und der Wirtschaftstag gehört als Pflichtprogramm in den Kalender."* [46]

Kontroverse um den Landesdatenschutz

Der Wirtschaftsrat der CDU forderte im Jahr 2012, die 16 unabhängigen Datenschutzbehörden der Bundesländer zugunsten einer bundesweit zuständigen Behörde aufzulösen. Dies bekräftigte Dorothee Belz, welche den Internetarbeitskreis des Wirtschaftsrats leitet und zugleich bei Microsoft in der Geschäftsführung tätig ist. Der Wirtschaftsrat der CDU hält die Landesdatenschützer für ein Hemmnis für Internet-Startups in Deutschland.[47]

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca, 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.[48] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so 60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen. " [24]

Lars P. Feld (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." [49]
(finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	• Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	• CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin	Betinna Würth	• Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	• Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	• ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	• Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	• Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	• Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender • Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger [50]	• ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl	

(Stand: November 2023) [51]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE, Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG, Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) [52]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender
Beirat Familienunternehmen	Bettina Würth	Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber	Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Groos Nikolaus	Vaillant GmbH, Geschäftsführer

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Energiepolitik	Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel	Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Michael Frick	Mahle GmbH, Geschäftsführer
Innovationsforum	Petra Justenhoven	PwC, Sprecherin der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christian Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Steuern	Matthias Oberndörfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woesten	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts, Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftsweiser)

(Stand: November 2023) [53][54]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Krankenhausreform	Michael Dieckmann	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Stephanie Renda	Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(Stand: November 2023) [55]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von Lars P. Feld, dem Leiter des neoliberalen Walter Eucken Instituts und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld	• Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises"

Mitglieder	Akademische Position
(Leitung)	• Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Marc Oliver Bettzüge	• Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsbeirats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	• Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Genenerationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbG, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	• Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Clemens Fuest	• ifo Institut für Wirrtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	• Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Miglied
Andreas Hackethal	• Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science

Mitglieder	Akademische Position
Justus Haucap	• Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Prometheus, Mitglied des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	• Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Michael Hüther	• Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	• Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht • Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
Christoph M. Schmidt	• Rheinisch-Westfäisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied • Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums • BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	• Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter • Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	• Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft • Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats

Mitglieder	Akademische Position
Ludger Wössmann	• ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter • Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) [56]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.[57] Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach.[58] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten [59] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim Verband der Privaten Krankenversicherung) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in Deutsche Vermögensberatung AG). [60] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979 [61] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft". [62]

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat Sektion New York, in dem Friedrich Merz Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind hier abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: Europäische Energiewende, Europäischer Digitaler Binnenmarkt, Europäische Finanzwirtschaft. Im EU Transparenzregister (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind hier abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist Andreas Schwab, MdEP (CDU/EVP). Günther Oettinger, ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. [50]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde[63]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine

Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze “, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU, Landesverband Brüssel

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit mit dem Wirtschaftsbeirat Bayern, einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der Ludwig-Erhard-Stiftung gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied Roland Koch Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- Michael Hüther (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- Lars P. Feld (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- Justus Haucap (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der Wirtschaftsrat der CDU und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.[64] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Haushalt 2022, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023

2. ↑ Internetseite von Christian von Stetten, abgerufen am 20.11.2023.
3. ↑ Präsidium Wirtschaftsrat, abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten,faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
5. ↑ [5,05,1] Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20,wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
6. ↑ Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44 , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
7. ↑ CDU-Landesvorstand Bremen, cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
8. ↑ Landesverband Bremen, wirtschaftrat.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ CDU-Landesvorstand Hamburg, cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
10. ↑ Landesverband Hamburg, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern, wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44 , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
13. ↑ Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten, wirtschaftsrat. de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
14. ↑ Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns, ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
15. ↑ Wirtschaftsrat der CDU, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
16. ↑ Haushalt 2022, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
17. ↑ Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand, lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
18. ↑ Umstrittene Gastfreundschaft, sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
19. ↑ Pressmitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg,lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
20. ↑ Twitter Lobbycontrol, twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
21. ↑ Webseite Wirtschaftsrat der CDU, abgerufen am 07.03.2012.
22. ↑ Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU, lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
23. ↑ Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7, lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
24. ↑ [24,024,1] Jahresbericht 2019 S.6, wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
25. ↑ Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte, scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
26. ↑ Vahrenholt im Faktencheck, energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
27. ↑ Neujahresempfang, wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
28. ↑ Aufruf „Rettet unsere Industrie“, rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
29. ↑ Publikationen/Rundbrief, vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
30. ↑ Starke Zweifel am Klimanotstand, wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
31. ↑ [31,031,1] Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37, lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
32. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.

33. ↑ E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?, solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an, windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
34. ↑ CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit", finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
35. ↑ Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht, sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
36. ↑ 36,036,1 "Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen", rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
37. ↑ 37,037,137,2 Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise, wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
38. ↑ BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
39. ↑ Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell, finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
40. ↑ Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft, abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
41. ↑ Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriumslieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
42. ↑ Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
43. ↑ Der Wirtschaftstag, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
44. ↑ Der Wirtschaftstag 2018, vgl. ab Minute 6:00, abgerufen am 12.11.2020.
45. ↑ Der Wirtschaftstag 2018, vgl. ab Minute 6:31, abgerufen am 12.11.2020.
46. ↑ Der Wirtschaftstag 2019, vgl. ab Minute 7:13, abgerufen am 12.11.2020.
47. ↑ "Die Landesdatenschützer müssen weg", golem.de vom 02.03.2012, abgerufen am 07.03.2012.
48. ↑ Haushalt 2022, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
49. ↑ Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell, finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
50. ↑ 50,050,1 Jahresbericht 2020, S. 13 wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
51. ↑ Präsidium Wirtschaftsrat, abgerufen am 22.11.2023
52. ↑ Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand, abgerufen am 22.11.2023
53. ↑ Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
54. ↑ Themen des Wirtschaftsrates, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
55. ↑ Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ Wissenschaftlicher Beirat, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 20.12.2023
57. ↑ Statut des Jungen Wirtschaftsrates, wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
58. ↑ WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze, wirtschaftrat.de vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
59. ↑ Landesverbände, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
60. ↑ Junger Wirtschaftstag 2022, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
61. ↑ Unsere Geschichte, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union, wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023

64. ↑ Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen, wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!

Jetzt spenden!

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Rechtsform	Eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Forschung zu Außer- und Sicherheitspolitik
Gründungsdatum	1955
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.DGAP.org

Die **Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)** ist ein Thinktank, der sich als nationales Netzwerk für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik versteht. Zu den Mitgliedern der DGAP zählen sowohl natürliche Personen als auch Unternehmen. [1]

Die DGAP finanziert sich neben Projektmitteln und Bundeszuschüssen maßgeblich durch den Fördererkreis. Zu den Förderern gehören auch Unternehmen der Rüstungswirtschaft. [2]

Das Präsidium der DGAP besteht u.a. aus aktiven und ehemaligen Politiker:innen. Die DGAP agiert somit als Forum, in welchem exklusive Treffen zwischen Politiker:innen sowie Vertreter:innen der (Rüstungs-)Wirtschaft ermöglicht werden.

Lobbyisten in Ministerien



- Überblick A-Z
- Problembeschreibung

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Aktivitäten 25
2 Struktur und Finanzen 25
2.1 Vorstand 25
2.2 Präsidium 25
2.3 Mitglieder 26
2.4 Finanzierung 26
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien 26
4 Fallbeispiele und Kritik 26
4.1 Lobbyisten in Ministerien 26
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 26
6 Einzelnachweise 26

Kurzdarstellung und Aktivitäten

Die DPAG unterhält ein eigenes Forschungsinstitut mit außenpolitischen ExpertInnen, das jährlich zahlreiche Studien und Analysen zu aktuellen außenpolitischen Themen veröffentlicht. Darüber hinaus betreibt sie die einzige öffentlich zugängliche Bibliothek zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und gibt die Zeitschrift "Internationale Politik" (IP) heraus. Unter Beteiligung von hochrangigen Entscheidern aus Politik und Wirtschaft organisiert und moderiert sie in zahlreichen Fachkonferenzen, Gesprächskreisen sowie Studien- und Projektgruppen die Diskussion außenpolitischer Themen

Im Rahmen von Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Kamingespräche erhalten die Mitglieder der DGAP Gelegenheit, sich mit hochrangigen Entscheidern aus dem In- und Ausland über Grundfragen und aktuelle Themen der Außenpolitik auszutauschen..

Struktur und Finanzen

Vorstand

- Präsident: Thomas Enders, ehem. Vorstandsvorsitzender von Airbus [3][4]
- Vizepräsident: Rolf Nikel, ehm. dt. Botschafter in Polen
- Schatzmeister: Georg Waldersee
- Jutta von Falkenhausen
- Carsten Berger
- Geraldine Schroeder
- Daniela Schwarzer
- Veronika Grimm

Präsidium

- Jürgen Hardt
- Wolfgang Ischinger
- Eckart von Klaeden
- Elmar Brok (ehem. Mitglied)
- Alexander Graf Lambsdorffs
- Joachim Lang
- Anja Langenbucher
- Claudia Nemat
- Christopher von Oppenheim
- Norbert Röttgen
- Jürgen Trittin
- Nathalie Tocci
- Johann Wadephul

Der vollständige Liste des Vorstands und des Präsidiums sind hier [5] abrufbar.

Mitglieder

Bei der DPAG gibt es persönliche Mitgliedschaften sowie Mitgliedschaften für Unternehmen, Institutionen, Journalisten und Botschaften. Die Gesamtzahl der Mitglieder liegt bei über 2.500. (Stand: Ende 2014). Zu den Großspendern (Spenden mit über 100.000 Euro) gehören Airbus, das Auswärtige Amt, die BMW Stiftung Herbert Quandt, die Robert-Bosch-Stiftung, die Deutsche Bank, die Dr. Arend Oetker Holding und die Otto Wolff Stiftung.

Finanzierung

Die Arbeit der DGAP wird durch die Beiträge ihrer Mitglieder, eine institutionelle Förderung des Auswärtigen Amtes sowie durch die Unterstützung zahlreicher Stiftungen, Botschaften, Verbände und international agierender Unternehmen finanziert.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Die DPAG ist Teil des Transatlantic Policy Network (TPN). Gemeinsam mit dem Initiativkreis Zukunft (IKZ) der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und den Young Leaders des Förderkreises Heer organisiert sie die Veranstaltungsreihe „Berliner Querschuss“.[6]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Die DGAP hatte einen Mitarbeiter im Außenministerium.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	03.10.2008 - 17.08.2011[7]
Mitarbeiter	wissenschaftlicher Mitarbeiter
Bearbeitete Themen	Einsatz Deutsche Botschaft Hanoi, Tätigkeit als Leiter des Wissenschaftsreferates der Botschaft

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ DGAP-Präsidium dgap.org, abgerufen am 10.01.2024
2. ↑ Fördererkreis der DGAP dgap.org, abgerufen am 10.01.2024

3. ↑ Thomas Enders helsing.ai, abgerufen am 18.01.2024
4. ↑ Ex-Airbus-CEO Enders soll Aufsichtsratschef werden handelsblatt.com, abgerufen am 18.01.2024
5. ↑ Die Organe der Gesellschaft, dgap.org, abgerufen am 17.01.2024
6. ↑ IKZ Berliner Querschuss, dwt-sgw.de von 2018, abgerufen am 14.04.2022
7. ↑ Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008

Amisa2

Amisa2 ist ein informelles Frühstückstreffen, bei dem monatlich hochrangige EU-EntscheidungsträgerInnen eingeladen werden um vor Cheflobbyisten großer Unternehmen zu sprechen. Amisa2 verschafft dadurch diesen Unternehmen, u.a. Airbus, Allianz, BASF, Bayer und ExxonMobil, einen privilegierten Zugang zu den EU-Institutionen.

Amisa2	
Rechtsform	
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	1994
Hauptsitz	
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss 27
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen 28
3 Finanzen 28
4 Geschichte 28
5 Weiterführende Informationen 28
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 28
7 Einzelnachweise 28

Lobbystrategien und Einfluss

Seit 1994 ist Amisa2 bzw. ihre Vorgängerorganisationen dazu da, monatlich exklusive Frühstücksdebatten für eine Liste von 18 Unternehmen zu organisieren. In der Regel sind die Cheflobbyisten der Mitgliedsunternehmen zu der Runde eingeladen.
Im EU-Transparenzregister steht als Selbstbeschreibung: *„Amisa2 organisiert monatlich Frühstücksdebatten mit Schlüsselpersönlichkeiten der EU-Institutionen, um Unternehmensvertreter über aktuelle Entwicklungen in Politikfeldern zu informieren.“*
Das Spitzenpersonal der EU-Institutionen hält dabei Vorträge zu aktuellen politischen Entwicklungen. Zum Beispiel:

- Connie Hedegaard, 2010-2014 EU-Kommissarin für Klimaschutz
- Marianne Klingbeil, stellv. Generalsekretärin der EU-Kommission
- Emily O’Reilly, die EU-Bürgerbeauftragte. Sie sagte Anfang 2015 ihren Besuch bei einem Amisa2-Frühstück unter der Bedingung zu, dass die Organisation sich ins Transparenzregister einträgt. Dies geschah dann auch prompt.

Quelle: [1]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Präsident und einziger Mitarbeiter der Organisation: Georg Brodach, Mitglied des Kuratoriums des Tönnisberger Kreises

Mitgliedsunternehmen sind:

Airbus	Allianz	Bayer
BASF	BMW	BP
Dow	ExxonMobil	Johnson Controls
Lyondell	Michelin	Oracle
Optus	Roche	PGA
Sennheiser	Siemens	Solvay
TOTAL		

Quelle: [2]

Finanzen

4000€ jährlich kostet die Unternehmen ihre Mitgliedschaft beim Amisa2.[1]

Geschichte

Seit 1994 gab es etwa 290 dieser Veranstaltungen.[1]

Weiterführende Informationen

- Liste mit den 290 Amisa2-Treffen: 01/1994 - 01/2016

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [1,01,11,2] EU-Kommission verschweigt Treffen mit Google, Bayer und Co LobbyControl vom 29. Juni 2016, abgerufen am 21.07.2016
2. ↑ EU Transparenzregister, abgerufen am 26.12.2021

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie

Der **Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie** e.V. (BDLI) mit Sitz in Berlin vertritt die Interessen der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. Zu den Aufgaben gehören die Kommunikation mit politischen Institutionen, Behörden, Verbänden und ausländischen Vertretungen in Deutschland. Beim Deutschen Bundestag betätigt sich der BDLI wie folgt: Anhörungen in Vorbereitung neuer Gesetze, Mitarbeit in Fachräten und Fachausschüssen der Ministerien und Hearings vor dem Deutschen Bundestag. Mit der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt (PG LuR) des Deutschen Bundestags und - seit kurzem - mit Abgeordneten der Bundesländer veranstaltet der BDLI "Parlamentarische Abende".[1]

Mit der Messe Berlin GmbH organisiert der BDLI die "Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung Berlin".

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie
Gründungsdatum	1955
Hauptsitz	ATRIUM Friedrichstr. 60, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.bdli.de

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur und Personal 29
1.1 Präsidium 29
1.2 Hauptgeschäftsführer 29
1.3 Mitglieder 29
2 Mitgliedschaften 29
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 30
4 Einzelnachweise 30

Organisationsstruktur und Personal

Präsidium

Die Mitglieder des Präsidiums sind hier abrufbar. Präsident: Klaus Richter, Vorsitzender der Geschäftsführung von Airbus in Deutschland

Hauptgeschäftsführer

Hauptgeschäftsführer ist Volker Thum, Mitglied des Board der AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD)

Mitglieder

Die 220 Mitglieder sind hier abrufbar.

Mitgliedschaften

- AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD)
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

- Sky and Space

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter | Twitter | Facebook | Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Übersicht über Parlamentarische Abende auf der Webseite des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Webseite des DLR, abgerufen am 02. 07. 2015

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Der **Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie** (BDSV) ist die gemeinsame Interessenvertretung der Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Organisiert sind im Verband 221 Unternehmen und deren Töchter.[1] Er wurde 2009 gegründet und ist aus dem Ausschuss für Verteidigungswirtschafts- und Sicherheitsfragen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) hervorgegangen. Laut der Rosa-Luxemburg-Stiftung seien es vor allem "einige wenige, große von der Wehrtechnik besonders abhängige Unternehmen(ESG, EADS(Airbus), Diehl-Defence, KMW, Lürssen(NVL), Rheinmetall) gewesen, die die Gründung des Verbandes vorangetrieben haben. [2]

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. (BDSV)

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie
Gründungsdatum	September 2009
Hauptsitz	Friedrichstr. 60, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Brüssel, Rue Marie de Bourgogne 58
Webadresse	www.bdsv.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte 31
2 Organisationsstruktur und Personal 31
2.1 Vorstand 31

2.2 Mitglieder 32
2.3 Verbindungen 32
3 Lobbystrategien und Einfluss 32
3.1 Veranstaltungen 32
3.2 Generalleutnant Marzi erster Geschäftsführer des BDSV 32
4 EU-Taxonomie 32
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 33
6 Einzelnachweise 33

Kurzdarstellung und Geschichte

Der BDSV fungiert als "Point of Contact" der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und als Scharnier zwischen Unternehmen, Politik, Gesellschaft, Institutionen und Medien.[3] Zu den Aufgaben/Zielen gehören u. a. die Interessenvertretung beim Bund, der EU und internationalen Institutionen, die enge Zusammenarbeit mit relevanten Bundesministerien und der Bundeswehr sowie die Mitarbeit bei der Vorbereitung und die Umsetzung behördlicher Verfügungen, Verordnungen und Gesetzen.[4] Der BDSV verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen und bietet Informationen über die relevanten Themen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.[5]

Der BDSV behandelt die folgenden Themen:

- Sicherheits- und Verteidigungsindustrie
- Exportkontrolle
- Innovation, Forschung & Technologie
- Wirtschaft und Recht
- Europa
- Digitale Konvergenz
- Mittelstand

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind u.a.

- Armin Papperger (Präsident), Vorsitzender des Vorstands von Rheinmetall
- Ralf Ketzel (Vizepräsident), Vorsitzender der Geschäftsführung von Krauss-Maffei Wegmann
- Stefan Thomé (Vizepräsident), Vorsitzender der Geschäftsführung der Airbus Helicopters Deutschland GmbH

Die gesamte Liste ist hier abrufbar. (Stand: Januar 2022)

Mitglieder

Ordentliche Mitglieder können Unternehmen der Wehrtechnik oder Sicherheitstechnik mit industrieller Wertschöpfung in der Bundesrepublik Deutschland werden, die sich auf dem Gebiet der Ausrüstung von Organen der Landesverteidigung und inneren Sicherheit betätigen. Die Mitglieder sind hier abrufbar.

Verbindungen

Der BDSV ist Mitglied in den folgenden Organisationen[6]:

- AeroSpace & Defence Industries Association of Europe (ASD)
- NATO Industrial Advisory Group (NIAG)
- Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT)
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
- Deutsches Maritimes Institut (korporatives Mitglied)[7]
- Sky and Space

Lobbystrategien und Einfluss

Veranstaltungen

Der BDSV veranstaltet die Berliner Strategiekonferenz, die Young Leader’s Conference und die Caféhausgespräche.[8]

Generalleutnant Marzi erster Geschäftsführer des BDSV

Heinz Marzi war bis März 2009 Generalleutnant der Bundeswehr. Nach seiner Pensionierung wurde er erster Geschäftsführer des BDSV. Im November 2010 stellte das Bundesverteidigungsministerium einen Interessenkonflikt zwischen seiner neuen Tätigkeit als Lobbyist und seinem ehemaligen Posten bei der Bundeswehr fest und verbot Marzi daraufhin seine Tätigkeit als Geschäftsführer des BDSV.[9].

EU-Taxonomie

Um die Ziele des Europäischen Green Deal wie auch die Klimaziele der EU für 2030 zu erreichen, forciert die EU-Kommission im Rahmen der "EU-Taxonomy für Sustainable Activities" die Einordnung von Investitionen in "positiv" und "negativ" oder "neutral" in Bezug auf ihre Förderung von Nachhaltigkeit. Diese Kennzeichnung soll Banken und Versicherungen und mittelbar auch die Anleger:innen zu einer Entscheidung für nachhaltige Finanzprodukte bringen und damit eine positive Rückkopplung zur Realwirtschaft bewirken. [10]

In diesem Zusammenhang meldete sich der Hauptgeschäftsführer des BDSV, Hans Christoph Atzpodien, zu Wort und bemängelte, dass die EU-Taxonomie für nachhaltige Anlagen massive negative Auswirkungen für die Rüstungsbranche hätte. Durch ihre Einordnung von Rüstungsprodukten als nicht nachhaltigkeitsfördernd würden die "Lieferanten von Streitkräften und Sicherheitsorganen von privater Finanzierung" abgeschnitten, wobei doch "Ohne Sicherheit [...] es Nachhaltigkeit nicht geben [könne]."[11] Der Kern von Nachhaltigkeit sei aber die Erhaltung der Lebensgrundlage künftiger Generationen, wobei Sicherheit und Frieden in Europa nicht ohne gut ausgerüstete Sicherheitskräfte zu gewährleisten sei. Daher fordert er, die Rüstungsbranche bezüglich der Taxonomie nicht als neutral sondern als explizit positiv einzustufen.[12]

Dementsprechend kritisierte der Hauptgeschäftsführer auch die Politik: Nach Gesprächen in Berlin und Brüssel habe er manchmal den Eindruck gehabt, die Politik "wisse nicht was sie tue" und es sei kein Problembewusstsein vorhanden.[13]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ About, Webseite des BDSV, abgerufen am 24.01.2022.
2. ↑ Vernetzte Waffenschmieden- Rüstungsindustrie in Deutschland rosalux.de, abgerufen am 31.03.2022
3. ↑ Der BDSV, Website des BDSV, abgerufen am 19.12.2023
4. ↑ Über uns, Website des BDSV, abgerufen am 19.12.2023
5. ↑ Tätigkeitsfelder, Website des BDSV, abgerufen am 19.12.2023
6. ↑ Tätigkeitsfelder, bdsv-eu, abgerufen am 27.12.2023
7. ↑ In eigener Sache: Neue Mitglieder beim DMI, Meer Verstehen Blog des DMI, abgerufen am 19.01.2013
8. ↑ Konferenzen, ruestungsindustrie.info, abgerufen am 29.04.2017
9. ↑ Verteidigungsministerium stoppt Lobbyarbeit von Ex-General, Spiegel-Online vom 06. November 2010, abgerufen am 27.12.2023
10. ↑ What is the EU Taxonomy?, Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 31.01.2022.
11. ↑ Opfert die EU unsere Sicherheit dem Green Deal?, Standpunkt von Hans Christoph Atzpodien für TableEurope vom 10.12.2021, abgerufen am 31.01.2022.
12. ↑ Wie sozial sind Waffenfabriken? sueddeutsche.de, abgerufen am 31.03.2022
13. ↑ „Sie wissen nicht, was sie da tun“, bdsv.eu, abgerufen am 31.03.2022

Forum Luft- und Raumfahrt

Das **Forum Luft- und Raumfahrt** e.V. ist eine Lobbyorganisation der Luft- und Raumfahrtindustrie einschließlich der Rüstungsindustrie mit Sitz in Bonn und einer Geschäftsstelle in Berlin.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Lobbytätigkeit für die Luft- und Raumfahrtindustrie
Gründungsdatum	
Hauptsitz	Luisenstr. 41, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	forum-lur.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss 34
2 Mitglieder 34
3 Organisationsstruktur und Personal 35
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 35
5 Einzelnachweise 35

Lobbystrategien und Einfluss

Das Forum Luft- und Raumfahrt bietet Vertretern von Unternehmen und Verbänden aus der Luftfahrt- und Rüstungsindustrie die Möglichkeit, Repräsentanten der Politik, der zuständigen Ministerien und der Bundeswehr Projekte und Angebote zu präsentieren. Beim Vorsitzenden, der Stellv. Vorsitzenden und dem Schatzmeister des Forums handelt es sich Lobbyisten bzw. Ex-Lobbyisten von Mitgliedsunternehmen (Stand: August 2018). Das Forum betreibt Lobbyarbeit über Parlamentarische Abende und Info-Lunch-Veranstaltungen, bei denen oft Mitgliedsunternehmen oder der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) als Kooperationspartner genannt werden. Das kooptierte Mitglied Klaus-Peter Willsch, CDU-Bundestagsabgeordneter und Stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss, ist gleichzeitig Vorsitzender der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt, die ebenfalls über Parlamentarische Abende und Info-Luch-Veranstaltungen der Industrie die Möglichkeit verschafft, insbesondere auf Bundestagsabgeordnete einzuwirken.

Mitglieder

Zu den Mitgliedsunternehmen gehören z. B. Airbus, Boeing Deutschland, Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, Diehl, ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH, Fraport AG, PricewaterhouseCoopers und Rheinmetall.

Persönliche Mitglieder sind auf der Webseite nicht abrufbar; die Mitgliederliste liegt in der Geschäftsstelle aus.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

- Wolf-Peter Denker (ehem. Vorsitzender), ehem. Cheflobbyist Deutschland und davor Leiter des Bereichs Militärflugzeuge von EADS (2013 umbenannt in Airbus)[1]
- Elisabeth Hauschild (Stellv. Vorsitzende), Cheflobbyistin von Diehl Defence[2][3]
- Christoph Weber (ehem. Stellv. Vorsitzender, inzw. Vorsitzender), Leiter des Geschäftsbereichs Defence & Public Security von ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH
- Frank Kleinkauf (ehem. Schatzmeister), ehem. Cheflobbyist von ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH[4]

Klaus-Peter Willsch (Kooptiertes Mitglied), Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie Stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss, ist seit 2009 Vorsitzender der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt. 2007 wurde Willsch vorgeworfen, dass Raumfahrt- und Rüstungskonzerne viel Geld für Anzeigen in dem von ihm herausgegebenen „Rheingau-Taunus Monatsanzeiger“ bezahlen.[5]

Die aktuellen Mitglieder des Vorstandes sind hier abrufbar.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Die hatten keinen Einblick, wienerzeitung.at vom 01.05.2013, abgerufen am 18.01.2024
2. ↑ Peter von Arabien, spiegel.de vom 10.11.2014
3. ↑ Vorstand Forum Luft- und Raumfahrt, forumlur.de, abgerufen am 18.01.2024
4. ↑ Schleehuber leitet Haupststadtbüro von ESG, politik-kommunikation.de vom 20.09.2017, abgerufen am 15.08.2018
5. ↑ Lobby schaltet, Politiker waltet, taz.de vom 31.07.2007, abgerufen am 16.08.2018

BITKOM

BITKOM ist der Digitalverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche. Er unterhält seit seiner Entstehung gute Beziehungen sowohl zum Bundeswirtschaftsministerium als auch direkt ins Bundeskanzleramt.

Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien (BITKOM)

Branche	IT & Kommunikation
Hauptsitz	Albrechtstraße 10 10117, Berlin

Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien (BITKOM)	
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.bitkom.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Kritik 36
1.1 Nationaler IT-Gipfel 36
1.2 Verein Selbstregulierung und Informationswirtschaft 37
2 Organisationsstruktur und Finanzen 37
2.1 Präsidium und Geschäftsführung 37
3 Kurzdarstellung und Geschichte 37
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 37
5 Einzelnachweise 38

Lobbystrategien und Kritik

Nationaler IT-Gipfel

Auf dem jährlich stattfindenden Nationalen IT-Gipfel kommen Vertreter der deutschen IT-Industrie regelmäßig mit SpitzenpolitikerInnen zusammen und diskutieren mit ihnen die politischen Weichenstellungen für die Branche. Der IT-Gipfel wird federführend vom Wirtschaftsministerium organisiert, allerdings in enger Absprache mit der Bitkom. So tritt beispielsweise, wie bereits in den Jahren zuvor, Bitkom-Präsident Thorsten Dirks gemeinsam in einer Veranstaltungsreihe mit Angela Merkel auf. [1] Insgesamt wird der IT-Gipfel jeher von Unternehmensvertretern dominiert, während Vertretern der Zivilgesellschaft kaum ein Platz zur Präsentation ihrer Anliegen eingeräumt wird.

Auch außerhalb des eigentlichen Gipfels arbeiten Bitkom und die Bundesregierung Hand in Hand: Gemeinsam mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel leitet Verbandspräsident Thorsten Dirks die Arbeitsgruppe "Digitale Wirtschaft und digitales Arbeiten". Deren Aufgabe ist es, zentrale Handlungsfelder und konkrete wirtschaftliche Projekte auszuarbeiten. [2]

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE im September 2016 zu Beziehungen von führenden Telekommunikationsunternehmen zur Bundesregierung, antwortete Letztere zwar mit einer langen Liste von offiziellen Treffen mit VertreterInnen der Bitkom und der Deutschen Telekom.[3] Die Plattform Netzpolitik.org kritisiert, dass es eine große Dunkelziffer an Lobby-Gesprächen gäbe, denn Zusammentreffen der Unternehmer mit PolitikerInnen am Rande von Festen, Veranstaltungen und sonstigen Anlässen würden nicht registriert.[4]

Verein Selbstregulierung und Informationswirtschaft

Um sich in die Diskussion um die europäische Datenschutzrichtlinie einzubringen, gründete Bitkom im Jahr 2011 gemeinsam mit IT-Unternehmen den Verein Selbstregulierung Informationswirtschaft (SRIW). Dieser habe nach eigenen Angaben das Ziel, den Verbraucherschutz unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzes zu fördern. Somit soll das „Vertrauen der Nutzer in digitale Produkte und Dienste verbessert und erhalten“ werden.[5] Entgegen dieser Behauptung strebt der Verein jedoch danach, ein Recht auf Selbstregulierung innerhalb der Branche durchzusetzen, um letztlich mehr gesetzlichen Datenschutz verhindern zu können.[6]

Organisationsstruktur und Finanzen

Bitkom vertritt mehr als 2.400 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon 1.600 Direktmitglieder. Sie erzielen mit 700.000 Beschäftigten jährlich Inlandsumsätze von 140 Mrd. € und stehen für Exporte von weiteren 50 Mrd. €. 79% der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, darunter die Telekom AG und Siemens, weitere 9% kommen aus Europa.[7]

Präsidium und Geschäftsführung

- Thorsten Dirks (Präsident Bitkom e.V.): CEO und Vorstandsvorsitzender bei Telefónica Deutschland Holding AG, bis 2014 Vorsitzender der Geschäftsführung der E-Plus Gruppe, die heute Teil von Telefónica Deutschland ist
- Bernhard Rohleder (Hauptgeschäftsführer und Mitgründer Bitkom e.V.): Mitglied des Beirats des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (Divsi), Vertreter der IT-Branche im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI, Mitglied der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages "Internet und digitale Gesellschaft (17. Legislaturperiode)

Quellen:[8][9]

Kurzdarstellung und Geschichte

BITKOM entstand 1999 durch die Verschmelzung verschiedener Verbände der Informationstechnik zu einer gemeinsamen Interessenorganisation. Diese vereint derzeit mehr als 2.400 Unternehmen der digitalen Wirtschaft in sich, darunter Global Player der IT-Branche wie etwa Google, Microsoft, Siemens und IBM.[10] 2017 erhielt BITKOM den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. erhielt BITKOM den Preis wegen seiner zu unkritischen Positionierung zu Big Data sowie wegen ihrer Lobbyarbeit entgegen der Datensicherheit.[11]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Nationaler IT-Gipfel 2016: Programm, abgerufen am 09.11.2016
2. ↑ Arbeitsorganisation IT-Gipfel, abgerufen am 10.11.2016
3. ↑ Antwort der Bundesregierung vom 13.09.2016, abgerufen am 09.11.2016
4. ↑ Netzpolitik.org/Auflistung Beziehungen, abgerufen am 10.11.2016
5. ↑ Der SRIW: Ziele und Aufgaben, abgerufen am 10.11.2016
6. ↑ Kritik von Netzpolitik.org am SRIW, abgerufen am 11.11.2016
7. ↑ Die Bitkom-Gruppe, abgerufen am 10.11.2016
8. ↑ Bitkom Präsidium, abgerufen am 10.11.2016
9. ↑ Bitkom Geschäftsführung, abgerufen am 10.11.2016
10. ↑ Bitkom/Über-uns, abgerufen am 09.11.2016
11. ↑ bigbrotherawards.de Preisträger 2017 BITKOM

AeroSpace and Defence Industries Association of Europe

Die **AeroSpace and Defence Industries Association of Europe** (ASD, dt. Europäischer Verband der Luftfahrt-, Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie) ist die Lobbyorganisation der europäischen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Rüstungsindustrie.
Über die Sky and Space Intergroup, deren Büro bei der ASD angesiedelt ist, hat diese regelmäßige Kontakte zu Mitgliedern des EU-Parlaments, das die Rahmenbedingungen für den betroffenen Wirtschaftsbereich mit ausgestaltet.

AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD)	
	[[Bild:<datei>|center]]
Rechtsform	Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht (Association Internationale Sans But Lucrative)
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der europäischen Luft-/Raumfahrt-/Rüstungs- und Sicherheitsindustrie
Gründungsdatum	2004
Hauptsitz	Rue Montoyer, 10, Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	http://www.asd-europe.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss 39
1.1 Aktivitäten 39
1.2 Mitgliedschaften 39
1.3 Teilnahme an EU-Strukturen und Plattformen 39
2 Fallstudien und Kritik 40

3 Organisationsstruktur und Personal 40
3.1 Mitglieder 40
3.2 Board 40
3.3 Team 40
4 Finanzen 40
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 41
6 Einzelnachweise 41

Lobbystrategien und Einfluss

Aktivitäten

Die ASD tritt für die Liberalisierung des Luftfahrt- und Waffenmarktes ein und drängt die EU dazu, Gelder für Forschung und Entwicklung in ihrem Industriesektor einzusetzen.[1]
Das Sekretariat der ASD leitet die Sky and Space Intergroup, die Mitglieder des EU-Parlamentes mit Vertretern der Luftfahrt- und Luftwaffenindustrie zusammenbringt.[2][3]

Die ASD betätigt sich laut Angaben im EU-Transparenzregister in den folgenden Bereichen:

- Zivile Luftfahrt: Richtlinien der Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA), Klimawandel und CO2 Standards
- Verteidigung: Vorbereitung des "European Council", PADSR
- Sicherheit: Europäische Sicherheitsstrategie, Sicherheitsforschung
- Wirtschaftliche, rechtliche und Handelsangelegenheiten: TTIP, Geistiges Eigentum (Intellectual Property Rights)
- Umwelt: Europäische Energie Union - Alternativer Treibstoff, EU-Chemikalienverordnung (REACH-Verordnung), EU-Verordnung über Biozidprodukte
- Forschung: Projekt Horizon 2020 der Europäischen Kommission

Mitgliedschaften

- Intergroup Sky and Space
- Security & Defence Agenda
- European Organisation for Security (EOS)
- International Coordinating Council of Aerospace Industries Association (ICCAIA)
- Eurospace

Teilnahme an EU-Strukturen und Plattformen

- Advisory Council for Aviation Research and Innovation in Europe (ACARE)
- Clean Sky (Public-Private Partnership zwischen der EU-Kommission und der Luftfahrtindustrie)
- High-Level Group of Personalities on Defence Research
- Advisory Group on Cross-border Supply Chains
- Transport Advisory Group
- Security Advisory Group

Quelle: EU-Transparenzregister und Webseite der ASD (Cooperation Projects & Acitivities)

Fallstudien und Kritik

- Der EU-Beamte Burkard Schmitt, der bis 2014 bei der EU-Kommission „fast zehn Jahre lang mit allen Angelegenheiten der Sicherheit und Verteidigung“ zu tun hatte, bringt sich seit 2014 nun bei der ASD ein. [4]
- Das Netzwerk ALTER-EU hat am 27. Juli 2015 eine Beschwerde eingereicht, da die Angaben der ASD im EU-Lobbyregister unglaubwürdig sind.[5]

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder sind 19 europäische Großunternehmen und 22 nationale Verbände aus 20 Ländern. Sie sind hier abrufbar. Auch der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie ist Mitglied.

Board

Mitglieder des Board sind die Vorstände der Mitgliedsunternehmen und -verbände. Diese wählen einen Vorsitzenden, der damit auch Präsident des Verbands wird. Die Board-Mitglieder sind hier abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.

- Allesandro Profumo (Präsident und Vorsitzender), CEO von Leonardo
- Guillaume Faury (Stellv. Vorsitzender), CEO von Airbus
- Olivier Andriés, CEO von Safran Aircraft Engines
- Thomas Müller, CEO von Hensoldt
- Klaus Richter, CEO von Diehl

Team

Das Team von ASD besteht unter anderem aus den folgenden Personen. Die vollständige Übersicht ist hier abrufbar

- Jan Pie (Secretary Gaeneral)
- Axel Cousin (Legal and Trade Manager)
- Paul-Alexander Cramers (Supply Chan and Services Manager)
- Emile Fabre (European Affairs Manager)
- Barbara Stano (Finance Manager)
- Maria Hajjaj (Office Manager)

Finanzen

Laut EU-Transparenzregister betrugen die Ausgaben für Lobbyarbeit im Jahr 2021 zwischen 200,000€ und 299,000€.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ LobbyControl: Worst EU Lobby Awards 2006, Webseite abgerufen am 01.06.2015
2. ↑ LobbyControl: Worst EU Lobby Awards 2006, Webseite abgerufen am 01.06.2015
3. ↑ Stellenbeschreibung des EU Affairs Managers der ASD auf der Webseite von Euro Brussels, Webseite abgerufen am 01. 06. 2015
4. ↑ Berater oder Lobbyisten? Tagesspiegel vom 12.12.2016, abgerufen am 12.12.2016
5. ↑ 27 July 2015: ALTER-EU complaints to the EU transparency register regarding misleading entries, (pdf) Alter EU, 27. Juli 2015, zuletzt aufgerufen am 29.7.2015

European Organisation for Security

Die **European Organisation for Security** (EOS) ist ein Interessenverband der europäischen Sicherheitsindustrie, dessen Mitglieder unter anderem auf den Feldern des "border, cyber, transport and crisis management" tätig sind.[1] Sie ist 2007 als Ableger der AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD), dem Dachverband der europäischen Luftfahrt- und Rüstungsindustrie, gegründet worden.[2] Laut eigenen Angaben besteht das Hauptziel der EOS darin, einen einheitlichen Sicherheitsmarkt in der EU zu entwickeln.[1] Die EOS beschäftigt sich auch damit, über die Bildung von Netzwerken mit Vertreter:innen der EU-Institutionen Einfluss auf die Regulierung und Forschungsschwerpunkte der Märkte zu nehmen, auf denen sich ihre Mitglieder betätigen. Einige Mitgliedsunternehmen sind nicht nur im Sicherheitsbereich aktiv, sondern auch auf dem Rüstungsmarkt.

European Organisation for Security (EOS)	
Rechtsform	S.C.R.L.
Tätigkeitsbereich	Interessenverband der europäischen Sicherheitsindustrie
Gründungsdatum	2007
Hauptsitz	45 Avenue des Arts, Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	eos-eu.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss 42
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen 42
3 Finanzen 43
4 Beschäftigte 43
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 43
6 Einzelnachweise 43

Lobbystrategien und Einfluss

Zu den Lobbyaktivitäten gehören:[3]

- Bildung von Netzwerken mit EU-Institutionen, beispielsweise Parlament, Kommission und Rat, den EU-Mitgliedsstaaten und europäischen Agenturen wie etwa Europol oder Frontex.
- Herausarbeitung von Policy Positionen in den relevanten Policy-Bereichen, die an die entsprechenden EU-Gremien herangetragen werden

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Team[4]

Mitglied sind u.a.: Paolo Venturoni (Chief Executive Officer)

Vorsitzende [5]

- Giorgio Mosca (Vorsitzender), ist Vice President for Strategic Intelligence and Analysis von Leonardo, einem italienischen Unternehmen mit den Schwerpunkten Rüstung, Sicherheit und Luft- und Raumfahrttechnik[6][7]
- David Luengo (stellv. Vorsitzender), ist Managing Director von Indra, einem spanischen Transport- , Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen[8][9]
- Mark Miller (stellv. Vorsitzender), ist der Gründer und Vorstandsvorsitzende von CONCEPTIVITY, einem mittelständischen Schweizer Sicherheitsunternehmen[10]
- Gerd Müller (stellv. Vorsitzender), ist Sales Director EU Instituitons bei secunet, einem deutschen Cybersecurity-Unternehmen[11][12]

Mitglieder
Die 40 Mitglieder sind hier abrufbar. Es handelt sich im Wesentlichen um Unternehmen und Verbände der Sicherheitswirtschaft. Hinzu kommen Forschungseinrichtungen und Universitäten, die sich mit Sicherheitsthemen beschäftigen Zu den Mitgliedern gehören Airbus, das Raytheon-Tochterunternehmen Collins Aerospace, Hensoldt, Indra, Leonardo, Rohde & Schwarz und Thales (Stand: Februar 2023).

Partner
EOS kooperiert in verschiedenen Projekten mit einer großen Anzahl an Organisationen aus Politik, Wirtschaft und Forschung unter anderem:

- diversen Nationalpolizeien von EU-Mitgliedsländern[13]
- Fraunhofer[14]
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)[15]
- Procter & Gamble (P&G)[16]
- SAP[17]

Finanzen

Die European Organisation for Security macht auf ihrer Webseite keine Angaben zur Finanzierung. Im EU-Lobbyregister werden für das Jahr 2021 Zuschüsse von 624.192€ angegeben.[18]

Beschäftigte

2023 beschäftigte EOS 5 Personen (1,2 Vollzeitäquivalente).[18]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [1,01,1] What is EOS?, eos-eu.com, abgerufen am 03.02.2023
2. ↑ War starts here A guided tour about the arms industry lobby in Brussels, Webseite Corporate Europe , abgerufen am 21. 01. 2016
3. ↑ EOS Brochure, eos-eu.com, abgerufen am 03.02.2023
4. ↑ Team, eos-eu.com, abgerufen am 03.02.2023
5. ↑ EOS Board of Directors, eos-eu.com, abgerufen am 03.02.2023
6. ↑ Giorgio Mosca, linkedin.com, abgerufen am 03.02.2023
7. ↑ Profile, leonardo.com, abgerufen am 03.02.2023
8. ↑ David Luengo, linkedin.com, abgerufen am 03.02.2023
9. ↑ About Indra, indracompany.com, abgerufen am 03.02.2023
10. ↑ About, conceptivity-switzerland.com, abgerufen am 03.02.2023
11. ↑ EOS wählt Gerd Müller zum Vice Chairman, secunet.com vom 25.07.2017, abgerufen am 03.02.2023
12. ↑ Unternehmen, secunet.com, abgerufen am 03.02.2023
13. ↑ iLEAD, eos-eu.com, abgerufen am 03.02.2023
14. ↑ RISKPACC, abgerufen am 03.02.2023
15. ↑ EU CIP, eos-eu.com, abgerufen am 03.02.2023
16. ↑ CORE, eos-eu.com, abgerufen am 03.02.2023
17. ↑ CYSPA, eos-eu.com, abgerufen am 03.02.2023
18. ↑ [18,018,1] European Organisation for Security, ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 03.02.2023

German European Security Association

Die zum 30. September 2015 aufgelöste **German European Security Association** (GESA) diente der Vernetzung der Sicherheitsindustrie mit Parlamentariern und Bedarfsträgern (wie etwa BKA, Landespolizeien) für Überwachungsprodukte.

German European Security Association (GESA)
Rechtsform gemeinnütziger Verein (zum 30.

German European Security Association (GESA)	
	09. 2015 aufgelöst)
Tätigkeitsbereich	Sicherheitsindustrie
Gründungsdatum	2007
Hauptsitz	Berlin, Platz der Republik 1
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	gesa-network.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte 44
2 Organisationsstruktur und Personal 45
2.1 Mitglieder 45
2.2 Vorstand 47
2.3 Geschäftsführung 47
2.4 Verbindungen 47
3 Lobbystrategien und Einfluss 48
3.1 Allgemeine Einschätzung 48
3.2 Aktivitäten des GESA-Gründungsmitglieds Christian Ehler (CDU) im EU-Parlament zugunsten der Industrie 48
4 Zitat 48
5 Weitergehende Informationen 49
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 49
7 Einzelnachweise 49

Kurzdarstellung und Geschichte

Die German European Security Association (GESA) wurde im Herbst 2006 auf Initiative von der damaligen SPD Europaabgeordneten Erika Mann, dem Brandenburger CDU Abgeordneten Christian Ehler und dem FDP-Europaabgeordneten Alexander Graf Lambsdorff als eingetragener Verein ins Leben gerufen und Anfang 2007 gemeinsam mit weiteren Europaabgeordneten gegründet.

Nach § 2 der Satzung ist der Zweck des Vereins die Förderung von Wissenschaft und Forschung, insbesondere auf dem Gebiet der zivilen Sicherheit. Dazu gehört die Entwicklung und Erarbeitung von Forschungszielen auf nationaler und europäischer Ebene, unter anderem durch Abhaltung einer regelmäßigen gemeinsamen Gesprächsbasis mit Vertretern des Bundes, der Länder sowie europäischer und internationaler Institutionen. Außerdem sollen eigene Forschungsvorhaben durchgeführt werden. Ziel der GESA ist es nach eigener Aussage, „deutsche Interessen zu formulieren und gezielt in den europäischen Dialog einzubringen und die deutsche Seite frühzeitig von europäischen Prozessen in Kenntnis zu setzen.“ [1] Auf der eigenen Webseite beschreibt sich die GESA als „überparteilicher selbstloser eingetragener Verein […]. Er verfolgt weder eigenwirtschaftliche Zwecke noch eine Gewinnerzielungsabsicht und ist als gemeinnützig anerkannt.“ [1] Dies schließt nicht aus, dass der selbstlose Verein sich für

Rahmenbedingungen (Forschungssubventionen für bestimmte Projekte, Vergaberegeln für Fördergelder, Festlegung europäischer DIN-Normen) einsetzt, die die Gewinnerzielungsmöglicheiten ihrer Mitglieder erhöhen. Auf der GESA-Webseite finden sich Links zu den EU-Förderprogrammen und EU-Förderrichtlinien, die für die Sicherheitsindustrie von besonderer Bedeutung sind. Auf diesem Gebiet betätigen sich auch Europaabgeordnete, die Mitglieder der GESA sind, als Mitglieder des Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) beim Europäischen Parlament. Nach Auffassung von Ben Hayes, Experte für Sicherheitsforschung bei der britischen NGO statewatch, ist die GESA gegründet worden, um für die deutsche Sicherheitsindustrie EU-Gelder einzuwerben.[2]

Neben Abgeordneten aus Bundestag und Europaparlament gehören der GESA Vertreter der Sicherheits- und IT-Industrie sowie der Bedarfsträger an. Weitere Mitglieder sind Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, die sich mit Sicherheitsfragen befassen.

Der Vorstand bestand 2013 aus drei Vertretern der Wirtschaft, dem Präsidenten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und Prof. Dr. Klaus Thomas, dem Leiter des Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik (EMI), der zugleich Sprecher des Fraunhofer-Verbunds für Verteidigungs- und Sicherheitsforschung, Präsidiumsmitglied der Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik sowie Regierungsberater ist.[3]

Laut Eintragung im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg ist der Verein durch Beschluss der Mitglieder zum 30. September 2015 aufgelöst worden.

Organisationsstruktur und Personal

Die GESA ist gemeinnütziger (d.h. sich nicht wirtschaftlich betätigender), eingetragener Verein mit Sitz in Berlin.[1]

Mitglieder

Die Mitglieder waren hier abrufbar. Sie bestanden aus den folgenden Gruppen:

- **Juristische Personen**, u. a.
  - Bosch Sicherheitssysteme
  - Bundesanstalt für Materialforschung und - prüfung (BAM)
  - Deutsches Institut für Normung e. V. (DIN)
  - Deutsche Telekom
  - EADS
  - Siemens
  - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)
- **Natürliche Personen**, u.a.
  - Erika Mann, ehem. MdEP, SPD, Leiterin des Brüsseler Lobbybüros von Facebook, Gründungsmitglied Transatlantic Policy Network
  - Udo Helmbrecht, Direktor European Network and Information Security Agency (ENISA), ehem. Präsident Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)

- **Parlamentarier**
  - Christian Ehler, MdEP, CDU, Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) beim Europäischen Parlament, Vorsitzender sowohl der Working-Group für ein neues Forschungs- und Innovationsprogramm der Europäischen Union als auch der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe zum selben Thema; Vorsitzender Transatlantic Legislators' Dialogue (TLD); Mitglied Atlantik-Brücke und Cybersicherheitsbeirat Deutschland e.V.
  - Monika Hohlmeier, MdEP, CSU, Mitglied des Aufsichtsrats des Baywa Konzerns, Vorsitzende der Intergroup Sky and Space und Mitglied der Steuerungsgruppe der Intergroup European Parliamentary Financial Services Forum
  - Alexander Graf Lambsdorff, MdEP, FDP, Mitglied Transatlantic Policy Network und Atlantik-Brücke
  - Werner Langen, MdEP, CDU, Mitglied Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, Active Member European Energy Forum, Mitglied Kangaroo Group, Mitglied Ludwig-Erhard-Stiftung
  - Angelika Niebler, MdEP, CSU, Active Member European Energy Forum, Governor European Internet Foundation, Mitglied Sky and Space und ZDF-Fernsehrat
  - René Röspel, MdB, SPD
  - Hans-Peter Uhl, MdB, CSU, Innenpolitischer Sprecher CDU/CSU Fraktion im Bundestag
  - Manfred Weber, MdEP, CSU
- **Korrespondierende Mitglieder**, u.a.
  - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
  - Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
  - Ministerium für Inneres Familie, Frauen und Sport des Saarlandes
  - Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin

Vorstand

Vorstandsmitglied	weitere Funktionen
Nikolaus Breuel (Vorsitzender)	Beiratsvorsitzender Ammers Partners, Vorsitzender Landesverband Berlin Wirtschaftsrat der CDU
Richard K. Arning	Vorstand SAPPER AG, zuvor bei EADS
Albrecht Broemme	Präsident Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW)
Michael von Foerster	Leiter Regierungs- und Öffentlichkeitskontakte Bosch Sicherheitssysteme, Vorsitzender der Koordinierungsstelle Sicherheitswirtschaft im DIN
Klaus Thoma[4]	ehem. Leiter Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik (EMI), Vorsitzender des Fraunhofer-Verbunds Verteidigungs- und Sicherheitsforschung, Mitglied des Forschungs- und Technologiebeirats Bundesministerium der Verteidigung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats zur Sicherheitsforschung Bundesministerium für Bildung und Forschung, ehemaliger Mitarbeiter von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), Präsidiumsmitglied Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik

(Stand: Juli 2014) Quelle: [3]

Geschäftsführung

Die Geschäftsführerin des GESA e.V war Ulrike Kieper.

Verbindungen

- Von 05/12 bis 01/2013 war Edelgard Bulmahn (MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Ex-Bundesbildungsministerin) Mitglied des Vorstandes der GESA.[5]

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeine Einschätzung

Die Zusammensetzung des Vorstands macht deutlich wie eng Politik, Wirtschaft und Forschung an dieser Stelle verzahnt sind. Der Autor Lars Sobiraj vermutet, dass es sich bei der GESA um nichts anderes als ein Netzwerk handelt um sich Aufträge zuzuschanzen.[6]

Aktivitäten des GESA-Gründungsmitglieds Christian Ehler (CDU) im EU-Parlament zugunsten der Industrie

Der EU-Parlamentarier Christian Ehler, Mitglied der GESA und Mitglied des Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) beim Europäischen Parlament sowie Berichterstatter für die "Beteiligungsregeln" zum EU-Forschungsrahmenprogramm "Horizon 2020", hat sich aktiv für den erleichterten Zugang der Industrie zu Forschungssubventionen der EU eingesetzt. Der Abbau der Kotrolle bei der Subventionsvergabe wird von ihm als die unkomplizierte Förderung innovativer Ideen bezeichnet. In seiner Pressemitteilung vom 22. Juli 2014 zu den Beteiligungsregeln am Programm "Horizont 2020" führt er hierzu aus:

"*Horizont 2020 fördert die gesamte Innovationskette - mit dem "Fast Track to Innovation" (FTI) wird dieses Versprechen nach jahrelangen Lippenbekenntnissen nun endlich eingelöst und die EU wird selbst ein kleines bisschen innovativer. Mit dem FTI haben kleine Konsortien nun die Möglichkeit, jederzeit und ohne spezifische vorherige Ausschreibung Projektvorschläge einzureichen, über deren Förderung dann innerhalb von drei bis sechs Monaten entschieden wird. So können zeitkritische, innovative Ideen nun endlich schnell und unkompliziert gefördert werden. Ich bin heilfroh, dass die EU-Kommission inzwischen erkannt hat, dass eine erfolgreiche Innovationsförderung schnell, flexibel und thematisch offen sein muss. Soviel Freiraum brauchen Kreativität und Innovation eben...Das Europäische Parlament..konnte sich in den Verhandlungen zu Horizont 2020 erstmals mit seinen Forderungen nach einem stärkeren Bottom-Up-Ansatz durchsetzen. Für uns ist der FTI deshalb so etwas wie ein "Gamechanger" - er soll langfristig europäische Forschungsförderung verändern.*"[7]

Zitat

"*Mit Blick auf die Gesamtkonstruktion der GESA ergeben sich aus dem Verhaltenskodex für Mitglieder des Europäischen Parlaments sehr viele Kritikpunkte. Unter anderem die Tatsache, dass Politiker eine Lobbyorganisation gründen, bei denen Mitglieder einen Beitrag einzahlen und die Gründungsmitglieder bei ihren Kollegen in der Politik im Sinne der Mitglieder lobbyieren. Das ist kein alleiniges Handeln im öffentlichen Interesse sondern im Interesse der zahlenden Mitglieder.*"[2]

Zur Auflösung der GESA im September 2015:

"*Irgendwann verlor auch die Industrie das Interesse. 2014 und 2015 traten die Firmen reihenweise bei der GESA aus. Der Verein habe bei der „politischen Flankierung“ geholfen, um deutschen Unternehmen einen größeren Anteil an den Forschungsmillionen der EU-Kommission zu sichern, sagt heute ein Industrievertreter hinter vorgehaltener Hand. Aber inzwischen hätten sich „die Prozesse eingeschwungen“; die GESA habe man daher nicht mehr gebraucht.*"[5]

Weitergehende Informationen

Alexander Sander: Deutsche EU-Abgeordnete lobbyieren für die deutsche Sicherheitsindustrie, netzpolitik.org vom 21. Februar 2013

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [1,01,11,2] GESA - Ziele, Webseite GESA, archiviert am 06.11.2014, abgerufen am 15.06.2016
2. ↑ [2,02,1] Alexander Sender: Deutsche EU-Abgeordnete lobbyieren für die Sicherheitsindustrie, netzpolitik.org vom 21.02.2013, abgerufen am 15.06.2016
3. ↑ [3,03,1] GESA Organisation Webseite GESA, archiviert am 06.11.2014, abgerufen am 15.06.2016
4. ↑ Vita Klaus Thoma Webseite Fraunhofer-Institut, abgerufen am 01.08.2014, nicht mehr abrufbar
5. ↑ [5,05,1] Sicherheitskonzerne finanzierten Verein für EU-Abgeordnete Stern vom 13.06.2016, abgerufen am 15.06.2016
6. ↑ Die Strippenzieher: Wenn zusammen kommt, was nicht zusammen gehört gulli.de vom 27.10.2011, abgerufen am 15.06.2016
7. ↑ Pressemitteilung Webseite Christian Ehler vom 22. Juli 2014, abgerufen am 15.06.2016

Kangaroo Group

Die **Kangaroo Group** ist ein Zusammenschluss zur Förderung der Europäischen Einheit über konkrete gemeinsame Projekte.[1] Beteiligt sind Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter von Unternehmen und Verbänden sowie diesen nahestehende Wissenschaftler und Experten. Im EU Transprenzregister ist sie als Denkfabrik registriert. Mit der Gründung der Kangaroo Group wurde ein Rahmen geschaffen, in dem sich Lobbyisten zwanglos mit EU-Politikern und EU-Beamten treffen und ihre Anliegen vortragen können. Bis zum Januar 2012 hatte die Kangaroo-Group ihr offizielles Büro in Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel. Erst auf Druck von CEO bezog die Intergroup ein neues Büro in unmittelbarer Nähe des Parlaments.[2]

Kangaroo Group	
Rechtsform	Non-Profit-Organisation nach belgischem Recht
Tätigkeitsbereich	Plattform für Debatten und Projekte auf EU-Ebene
Gründungsdatum	1979
Hauptsitz Lobbybüro	Brüssel, Rue Wiertz 11
Lobbybüro EU	Brüssel, Rue Wiertz 11
Webadresse	www.kangaroogroup.eu

Nach Recherchen des lobbykritischen Netzwerks *Corporate Europe Observatory (CEO)* benutzt die Rüstungsindustrie die Kangaroo Group als einen ihrer Kanäle, um über ihre Arbeitsgruppe "Space, Defence & Security" die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu beeinflussen.[3]

Das Mitglied Werner Langen setzte sich im Europäischen Parlament jahrelang für die Interessen der Unternehmen und Verbände ein, die Mitglied in der Gruppe sind. Das Vorstandsmitglied Rainer Wieland ist Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten 50
2 Budget/Lobbyist:innen 50
3 Fallstudien und Kritik 51
3.1 Rüstungslobby und das Europäische Parlament 51
4 Organisationsstruktur und Personal 51
4.1 Geschäftsführung 51
4.2 Vorstand (Board) 51
4.3 Mitglieder 52
5 Einzelnachweise 52

Aktivitäten

Zur Kontaktpflege zwischen EU-Parlamentariern, Mitarbeitern der EU-Kommission und Aufsichtsbehörden sowie Vertretern der Wirtschaft werden Brussel Debates und Strasbourg Lunches organisiert. Lobbyarbeit kann auch in den folgenden Arbeitsgruppen betrieben werden: Financial Services, Health sowie Space, Security & Defence betrieben werden.

Ein Beispiel für eine Tagung der Arbeitsgruppe "Financial Services" ist die Tagung vom 7. Juni 2023 zum Thema "Supporting medium-sized smaller banks in the EU – the EC’s new CMDI regime" mit Statements von [4]

- Markus Ferber, Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP) und dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)
- Marie Donnay, Leiterin der Abteilung „Resolution and deposit insurance“ bei der Generaldirektion FISMA der EU-Kommission
- Edouard Fernandez-Bollo, Mitglied des EZB-Rats, dem obersten Beschlussorgan der Europäischen Zentralbank
- Daniel Quinten, Vorstandsmitglied Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)
- Karolin Schriever, Vorstandsmitglied Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV)'
- Barbara Sillac, Head of Prudential Affairs des Französischen Bankenverbands (FBF)

Weiterhin werden Publikationen herausgegeben.

Budget/Lobbyist:innen

Im EU Transparenzregister gibt die Kangaroo Group an, für das Jahr 2022 (Stand: 07/03/2023)

- 230 Tsd. Euro für Lobbyarbeit auszugeben und'
- zwei Lobbyist:innen zu beschäftigen (zum Registereintrag



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

Fallstudien und Kritik

Rüstungslobby und das Europäische Parlament

Corporate European Observatory (CEO) berichtete allgemein von einer verstärkten Einflussnahme von Waffenproduzenten auf die EU. Auch wenn sich die Lobbyarbeit von Rüstungskonzernen auf die Europäischen Kommission konzentriert, ist der Einfluss auf das Europäische Parlament nicht zu unterschätzen. Die Kangaroo Group hat sich hier zu einem Angelpunkt für Lobbyarbeit entwickelt. Mit dem Argument, die Militärausgaben der einzelnen EU-Staaten senken zu wollen, wird das Thema der *Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitk* von der Kangaroo Group angegangen. Das von der Kangaaroo Group organisierte Forum *Space, Defence & Security* schafft für die Industrie den Rahmen, den Parlamentariern ihre Interessen zu vermitteln. Neben rüstungsspezifischen und technischen Angelegenheiten, werden auch aktuelle politische Themen wie *The current state in Somalia* oder *Libya: Responsibility to Protect* in den Sitzungen besprochen.[5][6] Laut CEO hat die Kangaroo Group auf den Treffen stets die Militarisierung der EU befürwortet.[6]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Die Mitglieder sind hier abrufbar.

Präsident ist der EU-Parlamentarier Michael Gahler (CDU/EVP), Vizepräsident der Europäischen Union Deutschland und der Paneuropa-Union Deutschland, Vorsitzender der EP - Taiwan Freundschaftsgruppe, Beiratsmitglied der Europe Asia Foundation Limited und Mitglied der Intergroup Sky and Space[7][8]

Generalsekretärin ist Josepha von Wolff Metternich

Vorstand (Board)

Die Mitglieder des Vorstands sind hier abrufbar. Sie kommen aus den Bereichen Europäisches Parlament (Herbert Dorfmann und Rainer Wieland), Andere Institutionen, Akademiker und Experten (z. B. Alexander Radwan, MdB, CDU) sowie Industrie, Dienstleistungen und Handel (z.B. Georg Huber, Deutscher Sparkassen- und Giroverband)

Mitglieder

Die Mitglieder sind hier abrufbar. Sie werden in die folgenden Kategorien unterteilt: Mitglieder des Europäischen Parlaments, Mitglieder anderer Institutionen, Akademiker und Experten sowie Mitglieder aus den Bereichen Industrie, Dienstleistungen und Handel.

Zu den Mitgliedern gehören der EU-Parlamentarier Markus Ferber (CSU/EVP) sowie eine Vielzahl von Unternehmen/Verbänden sowie deren Repräsentanten wie Allianz, CEFIC, Tobacco Europe, Handelsverband Deutschland (HDE), Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und ExxonMobil.

Einzelnachweise

1. ↑ Welcome to the Kangaroo Group, kangaroogroup.de, abgerufen am 06.06.2023
2. ↑ Kangaroo-Groups base in Parliament challanged,www.corporateeurope.org vom 21.09.2011, abgerufen am 07.11.2012
3. ↑ Schreiben von CEO an die Kommission vom 21. September 2011, Webseite corporateeurope, abgerufen am 21.09.2014
4. ↑ Next Events 2023, kangaroogroup.de, abgerufen am 07.06.2023
5. ↑ CURRENT STATE IN SOMALIA www.Kangaroogroup.org, vom 29.02.2012, abgerufen am 16.02.2012.
6. ↑ [6,06,1] Lobbying Warfare, the arms industry role in building a military Europe, 21.09.2011, abgerufen am 10.12.2012
7. ↑ Profil, europarl.europa.eu, abgerufen am 06.06.2023
8. ↑ Intergroup on Sky and Space, europarl.europa.eu, abgerufen am 06.06.2023

Sky and Space

Sky and Space ist eine registrierte Intergroup, die EU-Parlamentarier mit Lobbyisten der Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsindustrie zusammenbringt. Sie wird von der Lobbyorganisation AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD) gefördert.

Sky and Space	
Rechtsform	
Tätigkeitsbereich	Intergroup zu Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsfragen
Gründungsdatum	
Hauptsitz	Das Büro wird von der AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD) betrieben
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	keine eigene Webseite

Inhaltsverzeichnis

1 Rolle des Interessenverbands AeroSpace and Defence Industries Association of Europe 53
2 Veranstaltungen 53
3 Intransparenz 54
4 Organisationsstruktur und Personal 54
4.1 Büro 54
4.2 Vorsitzender 54
4.3 Mitglieder 54
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 55
6 Einzelnachweise 55

Rolle des Interessenverbands AeroSpace and Defence Industries Association of Europe

Mitglieder der Intergroup sind neben EU-Abgeordneten Unternehmen und Verbände der europäischen Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsindustrie. Eine dominierende Rolle spielt die AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD), ein Mitgliedsverband, der als Büro von Sky and Space fungiert, das Catering von Veranstaltungen übernimmt und über Veranstaltungen informiert.[1][2] Zwischen diesem Interessenverband und Sky and Space finden regelmäßig Treffen statt.[3]. Sky and Space setzt sich ganz im Interesse der Industrie für die Finanzierung von Projekten durch die EU, niedrige Steuern sowie den Abbau von Regulierungen ein. So forderte der frühere stellvertretende Vorsitzende Franck Proust in einem offenen Brief vom 1. Dezember 2014 an den damaligen EU-Kommissionspräsidenten Juncker Steuererleichterungen und weniger Regulierungen für die Luftfahrtindustrie: "*Let's reduce tax burdens and support the development of our airport infrastructures. Let's make regulations lighter, more stable and more predictable* ."[4]

Veranstaltungen

Sky and Space organisiert in den Räumen des Europäischen Parlaments Veranstaltungen, auf denen hochrangige Vertreter der Industrie EU-Abgeordneten und Vertretern der EU-Institutionen ihre Positionen erläutern können. Ein Beispiel ist ein Treffen zur Zukunft der European Aviation Safety Agency (EASA) am 16. September 2015.[5] Mit Unterstützung der AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD) veranstaltet Sky and Space die jährliche EU Aeronautics Conference. Zu den über 300 Teilnehmern der Konferenz vom 5. Dezember 2018 gehörten EU-Kommissare, EU-Parlamentarier, CEOS und Experten. „Keynote Speakers“ waren Antonio Tajani, Präsident des EU-Parlaments, Maros Sefcovic, Vizepräsident der EU-Kommission, Eric Trapper, Präsident von ASD Europe und Chairman & CEO von Dassault Aviation sowie Tom Enders, CEO von Arbus.[6]

Intransparenz

Über die beim Europäischen Parlament als Intergroup eingetragene Organisation gibt es kaum öffentlich zugängliche Informationen - sogar weniger als über die große Mehrzahl der nicht registrierten Intergroups. Der Eintrag auf der Webseite des Europäischen Parlaments bestand im Juni 2015 nur aus dem Namen Sky and Space. Die Mitgliederliste für die jetzige Legislaturperiode und die Erklärung der finanziellen Interessen ("Declaration of Financial Interests") fehlten - bei den meisten anderen Intergroups waren sie abrufbar. Das Register selbst kann nur über die Quästoren des EU-Parlaments in Brüssel persönlich eingesehen werden, nicht jedoch über das Internet. Erst seit November 2015 können die aktuelle Mitgliederliste und die Erklärung der finanziellen Interessen abgerufen werden.[2][7][8]

Sky and Space ist nicht im Transparenzregister der EU registriert und hat keine eigene Webseite. Da Sky and Space selbst keine Informationen über sich veröffentlicht, können diese nur mittelbar über andere Quellen beschafft werden.

Organisationsstruktur und Personal

Büro

Das Büro ist bei der Lobbyorganisation AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD) angesiedelt, die 1 Sekretärin für Verwaltungsarbeiten sowie Einrichtungen zur Verfügung stellt und das Catering von Veranstaltungen übernimmt.[2] Sky and Space hat keine eigene Webseite. Über ihre Tätigkeit wird auf der Webseite der ASD informiert.

Vorsitzender

Vorsitzender ist Maian-Jean Marinescu, Rumänien (EVP)

Quelle: [8]

Mitglieder

EU-Parlamentarier

Die Mitglieder der aktuellen Legislaturperiode des EU-Parlaments sind hier abrufbar. Die folgend genannten deutschen Mitglieder gehören ausnahmslos der CDU/CSU an:

- Christian Doleschal (CSU/EVP)
- Michael Gahler (CDU/EVP
- Monika Hohlmeier (CSU/EVP)
- Norbert Lins (CDU/EVP)
- Marlene Mortler (CSU/EVP)
- Angelika Niebler (CSU/EVP)
- Sven Schulze (CDU/EVP)
- Sabine Verheyen (CDU/EVP)
- Axel Voss (CDU/EVP)

Unternehmen/Verbände

Die Mitglieder sind auf der Webseite der AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.:

- AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD)
- Airbus Group
- Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI)
- Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV)
- Dassault
- Diehl
- SAAB
- Thales

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Inaugural session of the European Parliament's Sky and Space Intergroup (2019-2024), asd-europe.org vom 06.02.2020, abgerufen am 09.03.2020
2. ↑ [2,02,12,2] Declaration of Financial Interests Year 2020, europarl.europa.eu, abgerufen am 31.03.2020
3. ↑ Sky and Space Inter-Group to meet ASD community, ASD-Newsletter Dezember 2011, abgerufen am 13.06.2016
4. ↑ Offener Brief an den Präsidenten der EU-Kommission: A New Deal for Aviation, Euractiv vom 1. Dezember 2014, abgerufen am 13.06.2016
5. ↑ EU Parliament Sky and Space Intergroup Discusses the Future of EASA, Presseerklärung der Aerospace and Defence Industries Association of Europe (ASD) und Sky and Space vom 16.09.2015, abgerufen am 13.06.2016
6. ↑ Programme, euaeronauticsconference.de, abgerufen am 27.08.201ß
7. ↑ Declaration of Financial Interests, Sky and Space, Webseite Europäisches Parlament vom 08.03.2020, abgerufen am 05.02.2024
8. ↑ [8,08,1] List of Members, Sky and Space, Webseite Europäisches Parlament, abgerufen am 05.02.2024

Förderkreis Deutsches Heer

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!

Jetzt spenden!

Förderkreis Deutsches Heer

Der **Förderkreis Deutsches Heer (FKH)** ist ein Netzwerkverein der deutschen Rüstungsindustrie und verschafft seinen Mitgliedern privilegierte Zugänge speziell zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Damit ähnelt der FKH der Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik und - mit Abstrichen - der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. (GSP)

Mitgliedsunternehmen des FKH sind u.a. Rheinmetall, Heckler & Koch, Krauss-Maffei Wegmann, Diehl, Airbus, Boing, friedrich30 und ZF Friedrichshafen.

Im dreiköpfigen Vorstand des FKH sitzt Henning Otte, stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschausses im Deutschen Bundestag.

Die (seit 2021) Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, ist Mitglied im Präsidium des FKHs. LobbyControl kritisierte diese Nebentätigkeit. Es entstünden dabei Rollen- und Interessenkonflikte.[1]

Förderkreis Deutsches Heer	
Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Lobbytätigkeit für die Rüstungsindustrie
Gründungsdatum	1985
Hauptsitz Lobbybüro	Adenauerallee 15, 53111 Bonn
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.fkhev.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte 57
2 Lobbystrategien und Einfluss 57
3 Fallstudien und Kritik 57
3.1 2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V ... 57
3.2 2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V. 58
3.3 2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE 58
3.4 2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag 58
3.5 2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH 59
4 Organisationsstruktur und Personal 59
4.1 Vereinsvorstand 59
4.2 Vereinspräsidium 59
4.3 Mitgliedsfirmen 60
5 Finanzen 60
6 Weiterführende Informationen 60
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 60
8 Einzelnachweise 60

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Förderkreis Deutsches Heer e.V. ist eine 1995 gegründete Lobbyorganisation der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.
Ziel des Vereins ist es, den Mitgliedern Zugang zu politischen Entscheidungsträger:innen zu verschaffen. Nach eigenen Angaben ist der Zweck aber auch "die Förderung gemeinschaftlicher Interessen der Mitglieder gegenüber Staat und Gesellschaft, [...] sowie deren Vertretung gegenüber nationalen und internationalen Organisationen und Stellen."[2]

Lobbystrategien und Einfluss

Die Einbindung von Parlamentariern, zu denen auch Mitglieder des Verteidigungs- und Haushaltsausschusses gehören, in den Förderkreis Deutsches Heer (FKH) verschafft der Rüstungsindustrie einen privilegierten Zugang zu Personen, die über die Höhe des Verteidigungshaushalts und die Bewilligung von militärischen Großprojekten entscheiden.

Die Lobby-Aktivitäten des FKH reichen von Info-Lunches und Parlamentarischen Abenden bis hin zur Organisation von Symposien und der Betreuung von gemeinsamen Auftritten auf Rüstungsmessen. Die Veranstaltungen sind auf der Website abrufbar.

Mit dem Arbeitskreis "Young Leaders" des FKH sollen junge Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Heer schon frühzeitig vernetzt werden.[3] Der FKH veröffentlicht weiterhin den InfoBrief Heer, der zweimonatlich in gedruckter sowie einer Online-Fassung erscheint.[4]

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen antwortete die Bundesregierung, dass sie in der engen Zusammenarbeit von Rüstungsindustrie und Parlamentariern kein Problem sieht .[5]

Im deutschen Lobbyregister gibt der Förderkreis Heer an (Stand: 28.02.2022) im Jahr 2020 660.001 bis 670.000 Euro auszugeben und einen Lobbyisten zu beschäftigen.[6]

Fallstudien und Kritik

2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V

In einem Interview mit Tilo Jung im Juni 2023 äußerte sich die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und MdB der FDP Marie-Agnes Strack-Zimmermann zu ihrer Funktion im Förderkreis Deutsches Heer. Die Frage, ob sie sich vor dem Hintergrund ihrer Präsidiumsmitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V als Lobbyistin bezeichnete, verneinte Strack-Zimmermann wiederholt. Auch auf den Hinweis Tilo Jungs, dass sich sowohl der Förderkreis Deutsches Heer als auch die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik Lobbyorganisationen verstehen, blieb Strack-Zimmermann bei ihrem Urteil. In der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik war Strack-Zimmermann bis Mai 2023 Präsidiumsmitglied gewesen. "Das sind zwei Rüstungslobbys wo du Mitglied bist, du bist aber keine Lobbyistin?" fragte Tilo Jung. "Nein ich bin keine Lobbyistin" so Strack-Zimmermann.[7]

Sie sehe ihre Rolle nicht darin, die Rüstungsindustrie durch ihre Tätigkeit zu unterstützen mehr Geld zu verdienen. "Ich lobbyiere für die Sicherheit der Menschen in diesem Land und darüber hinaus in Europa."[7]

LobbyControl kritisierte bereits 2022 die Positionen Strack-Zimmermanns in der Rüstungslobby. Ihre Tätigkeit als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages und ihre Funktion als Präsidiumsmitglied des Förderkreises Deutsches Heer sei nicht vereinbar. "Damit steht und spricht sie auch für die Organisation. Mehr Abstand wäre für eine Ausschussvorsitzende wünschenswert", so Timo Lange, Kampaigner für Lobbyregulierungen bei LobbyControl[8].

2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.

Lars Klingbeil, seit Dezember 2021 Bundesvorsitzender der SPD, äußerte sich 2018 auf Anfrage bei *abgeordnetenwatch.de* zu seiner ehemaligen Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer: „Als ich von der SPD-Fraktion gefragt worden bin einen Platz im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer zu besetzen habe ich zugesagt, weil dort wichtige Debatten zur Zukunft des Heeres geführt werden und ich meine Perspektive mit den Erfahrungen aus meiner Heimatstadt Munster in die Debatten einbringen wollte. Die Mitgliedschaft im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer habe ich unter anderem auf meiner Abgeordnetenseite des Deutschen Bundestages dokumentiert.

Inzwischen nehme ich diese Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises nicht mehr war aber habe von meinem parlamentarischen Engagement für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nichts zurück zu nehmen. “ [9]

2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Im März 2010 stellte die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage in der sie unter anderem die Gemeinnützigkeit von Vereinen wie dem Förderkreis Deutsches Heer, der Gesellschaft Sicherheitspolitik (GSP) und der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) infrage stellt.
Unternehmen, die Mitglieder des DWT und des FKH sind, haben zwischen 2005 und 2010 ca. 3,7 Mio. Euro an CDU, CSU, FDP und SPD gespendet.
2005 - 2010 erhielten CDU und CSU von der Würth-Gruppe, der Commerzbank AG, Daimler AG, EADS, Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, Rheinmetall AG, SAP Deutschland AG & CO. KG, ESG Elektronik System und Logistik GmbH, Rohde & Schwarz GmbH und der Zeppelin-Gruppe insgesamt 2.020.450 Euro.
Die SPD erhielt von der Daimler AG, EADS und Commerzbank AG insgesamt 1.151.000 Euro.
Die FDP bekam von der Commerzbank AG, der Daimler AG, der Würth-Gruppe und Rheinmetall AG AG insgesamt 501.900 Euro. Außerdem stellt die LINKE in ihrer kleinen Anfrage die Vermutung an, "dass die Rüstungsindustrie über oben genannte Vereine in organisierter und systematischer Form immensen Einfluss auf wehr- und haushaltspolitische Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung nimmt, um wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie zu fördern."[5]

2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag

Im Dezember 2009 berichtete der Spiegel, dass die Abgeordneten Bernd Siebert und Johannes Kahrs, beide Mitglieder im FKH, die Anschaffung von Patrouillen-Fahrzeugen im Interesse der Rüstungsindustrie verzögert hatten. Die beiden Abgeordneten zögerten den Kaufs eines vom Verteidigungsministerium favorisierten

Patrouillenfahrzeuges des Rüstungskonzerns Mowag hinaus. So erhofften sie sich das Konkurrenzprodukt des Rüstungsunternehmens Krauss-Maffei Wegmann (KMW), wie die beiden Abgeordneten auch Mitglied im FKH, in eine bessere Position für den Auftrag zu bringen. Die Wahlkreise der beiden Abgeordneten Siebert und Kahrs hatten laut Angaben des Spiegels über die Jahre mehrfach größere Spenden von KMW erhalten.[10]

2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH

Im August 2009 deckte die Nachrichtenagentur dpa auf, dass mehrere Bundestagsabgeordnete Nebentätigkeiten bei rüstungsnahen Vereinen verschwiegen hatten. Unter anderem waren darunter auch die beiden SPD-Abgeordneten Gerd Höfer und Johannes Kahrs, die beide Mitglieder im Präsidium des FKH waren. Beide hatten bestritten, dass es eine Veröffentlichungspflicht gebe. Als Mitglied des Verteidigungsausschuss äußerte sich Höfer wie folgt: „Die Tätigkeit ist ehrenamtlich, braucht also nicht angezeigt werden." Jedoch mussten sie nach den Verhaltensregeln für Abgeordnete offen gelegt werden.[11]

Organisationsstruktur und Personal

Vereinsvorstand

- Wolfgang Köpke, Präsident, Generalleutnant a.D.
- Ralf Ketzel, Vizepräsident Industrie, Vorsitzender der Geschäftsführung beim Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann
- Henning Otte, Vizepräsident Politik, MdB für die CDU, Stellv. Vorsitzender im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags[12]

Stand: Juni 2023

Vereinspräsidium

Das Präsidium besteht aus mindestens 12 und höchstens 15 gewählten Mitgliedern, die auf der FKH-Webseite nicht genannt werden. Mitglieder sind unter anderem:

- Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, MdB für die FDP[13]
  - Vorsitzende des Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
  - Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO
  - Vizepräsidentin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft
  - Mitglied des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik
  - bis Mai 2023: Präsidiumsmitglied in der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.
- Henning Otte, MdB für die CDU[14]
  - Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
  - Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO
  - Mitglied im Parlamentskreis Mittelstand sowie Luft- und Raumfahrt[15]
- Wolfgang Hellmich, MdB für die SPD[16]
  - Obmann im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
  - Mitglied im Gremium "Sondervermögen Bundeswehr"
  - Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO

- Reinhard Brandl für die CSU[17]
  - Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
  - Mitglied im Gremium „Sondervermögen der Bundeswehr"
  - Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik
  - Vorsitzender des Beirats „Sicherheit und Verteidigung“ der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

(Stand: Juni 2023)

Mitgliedsfirmen

Fast alle wichtigen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen die Arbeit des Vereins als fördernde Mitglieder. Hierzu gehören z.B. Boeing Deutschland, Glock, Heckler & Koch, Lufthansa Technik, Mercedes-Benz und Rheinmetall.

Finanzen

Der Etat wird ganz überwiegend über Mitgliedsbeiträge finanziert.[18]

Weiterführende Informationen

- Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ LobbyControl auf Twitter vom 19.06.2023, abgerufen am 12.07.2023
2. ↑ Vereinszweck, abgerufen am 12.07.2023
3. ↑ Förderkreis Deutsches Heer e.V.: Arbeitskreis Young Leaders, fkhev.de, zuletzt aufgerufen am 04.02.2014
4. ↑ Förderkreis Deutsche Heer e.V.: InfoBrief Heer, fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
5. ↑ [5,0](#)[5,1](#) Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen, bundestag.de vom 21.04.2010, abgerufen am 04.02.2014
6. ↑ Förderkreis Deutsches Heer e.V. lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 08.04.2022
7. ↑ [7,0](#)[7,1](#) Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FPD) - Jung & Naiv: Folge 646 youtube.de vom 15. Juni 2023, zugegriffen am 23.06.23
8. ↑ Verflechtungen mit der Rüstungindustrie? Lobbycontrol kritisiert Strack-Zimmermannpresseportal.de vom 08.05.2022, zugegriffen am 23.06.23

9. ↑ Frage an Lars Klingbeil (SPD) abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 28.04.2022
10. ↑ Schraube locker, spiegel.de, zuletzt aufgerufen am 04.02.2014
11. ↑ Mitgliedschaft verschwiegen: Nähe zur Rüstungslobby, rundschau-online.de, abgerufen am 04.02.2014
12. ↑ Henning Otte, Webseite, abgerufen am 23.06.2023.
13. ↑ Strack-Zimmermann, Webseite des Bundestages, abgerufen am 23.06.2023.
14. ↑ Henning Otte, Webseite des Bundestages, abgerufen am 23.06.2023.
15. ↑ Person, Webseite Henning Otte, abgerufen am 23.06.2023.
16. ↑ Hellmich, Webseite des Bundestages, abgerufen am 23.06.2023.
17. ↑ Reinhard Brandl, bundestag.de, abgerufen am 09.09.2023
18. ↑ Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2020, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 08.04.2022

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!

Jetzt spenden!

Die **Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik** (DWT) ist ein von der Rüstungsindustrie dominierter Verein, bei dessen Treffen und Diskussionsrunden Vertreter der Rüstungsindustrie, Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter des Bundesverteidigungsministeriums Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik erörtern können.

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT)

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Rüstungsunternehmen, MdBs, Vertreter des Verteidigungsministeriums und Militärs erörtern Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik
Gründungsdatum	1957
Hauptsitz	Hochstadenring 50, 53119 Bonn
Lobbybür	

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT)	
o Lobbybüro EU	
Webadresse	www.dwt-sgw.de

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien 62
1.1 Verbindungen 63
2 Kritik 63
2.1 Gemeinnützigkeit der DWT 63
3 Organisationsstruktur und Personal 63
3.1 SGW 63
3.2 Gremien und Arbeitskreise 64
3.3 Vorstand 65
3.4 Präsidium 65
3.5 Geschäftsführung 66
3.6 Beirat der Repräsentanz in Brüssel 66
3.7 Mitglieder 66
4 Kurzdarstellung und Geschichte 67
5 Weiterführende Links 67
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 67
7 Einzelnachweise 67

Einflussnahme und Lobbystrategien

Der Rahmen der DWT erlaubt der Rüstungsindustrie, bereits im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungsprozesse, informell Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Dabei werden die Rüstungsunternehmen neben ihrem Sachverstand zwangsläufig auch ihre Interessen an aufwändigen Rüstungsprojekten einbringen, für deren Kosten der Steuerzahler aufkommt. Interessengruppen, die an der Abrüstung oder an der Begrenzung der Rüstungskosten interessiert sind (z. B. Friedensinitiativen) sind in dem Verein nicht vertreten.
Das dauerhafte Zusammenwirken von Rüstungsunternehmen und Parlamentariern birgt die Gefahr, dass rüstungspolitische und wehrtechnische Entscheidungen von den zuständigen parlamentarischen Gremien faktisch in intransparente Gesprächsrunden verlagert werden, in denen es an der gebotenen Distanz zwischen den Abgeordneten und der Rüstungsindustrie mangelt.

Bei den Berliner Aktivitäten handelt es sich um Gesprächs- und Diskussionsrunden mit

- Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der Abgeordneten im Deutschen Bundestag: "Gespräch wiss MA von MdB mit Experten"
- der sicherheitspolitischen Szene in der Hauptstadt: "Parlamentarischer Abend"
- wichtigen Gesprächspartnern aus Parlament, Ministerien, Arbeitskreisen: "Berliner Gespräch des AKM"

In Brüssel werden Diskussionsrunden organisiert. Daneben werden die DWT-Industrietreffen am Standort SHAPE (ca. 60 km südlich von Brüssel in der Nähe von Mons) veranstaltet. In Brüssel wird das "Brüsseler Gespräch" im Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet.[1]

Verbindungen

- Die DTW ist Gründungsmitglied der European Federation of Defence Technology Associations (EDTA)[2]
- Vereinbarungen zur Zusammenarbeit bestehen mit:
  - Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) (ehemals Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW)[3])
  - Carl-Cranz-Gesellschaft (CCG)
  - Deutscher Bundeswehrverband (DBwV) und
  - Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr(VdRBw)
- Gemeinsame Veranstaltungen gibt es auch mit:
  - Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und
  - Förderkreis Deutsches Heer[4]

Mit der Konrad-Adenauer-Stiftung wird das "Wiesbadener Forum zur Sicherheitspolitik" veranstaltet.

Kritik

Gemeinnützigkeit der DWT

Die DWT ist als gemeinnützig anerkannt und hat dadurch bedeutende Steuervorteile. Dies hat eine Reihe von Bundestagsabgeordneten Ende August 2015 kritisiert.[5]

Organisationsstruktur und Personal

SGW

Die Studiengesellschaft der DWT mbH (SGW) ist eine wirtschaftlich selbstständige Tochter der DWT, die Tagungen durchführt. Sie ist dabei dem Zweck der DWT verpflichtet und setzt sich entsprechend ein zur "Förderung von Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik[...]."[6]

Im Rahmen von Vorträgen und Diskussionsrunden kommen Vertreter:innen von Streitkräften, der Verteidigungswirtschaft aber auch aus Forschung und Politik wie anderen Institutionen zusammen. Ausdrücklich ausgeschlossen seien von solchen Zusammenkünften "die konkrete Geschäftsanbahnung, jegliche Vertragsverhandlung, die Absprache über wirtschaftliches Handeln sowie die Beeinflussung von Entscheidungen."[7]

Gremien und Arbeitskreise

Arbeitskreis Mittelstand (AKM) Im Arbeitskreis Mittelstand sind laut dem Jahresbericht 2019 489 Mitglieder organisiert, davon 209 fördernde Unternehmen, sowie andere fördernde Mitglieder wie auch persönliche Mitglieder.[8]

Initiative Zukunft (IZ) Der seit Dezember 1999 bestehende Initiativkreis Zukunft (IKZ) der DWT ist eine Dialog- und Informationsplattform, die sich an Verantwortungs- und Entscheidungsträger in den Streitkräften, in der Bundeswehrverwaltung, Verteidigungswirtschaft, Politik, Wissenschaft oder Forschung richtet.[9] Veranstaltungen des IKZ sind:

- Berliner Querschuss: Zielgruppe sind insbesondere jüngere Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Militär, Industrie und Medien.[10] Kooperationspartner sind die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DPAG) und die Young Leaders des Förderkreis Deutsches Heer (FKH)
- Hamburger Impuls
- Mannheimer Symposium
- IKZ im Dialog’
- IKZ on tour

Mitglieder des Sprecherkreises der IZ sind:

- Daniel Gerlach (Sprecher), Mitglied des Vorstands der DWT, Oberstleutnant i. G., Sachgebietsleiter Unterstützung im Amt für Heeresentwicklung
- Tobias Süß (Stellv. Sprecher), Manager Political Affairs von Hensoldt
- Nicole Josephine Rieckehr (Stellv. Sprecherin), Kapitänleutnant d. R., Diehl Defence GmbH & Co. KG Außenbeziehungen Marine

Sektionen Die Sektionen sind die regionalen Interessensverbände der DWT, die sich das Bundesgebiet in 14 Regionen aufteilen.

Wehrtechnische Arbeitskreise (wt-AKs) Die Arbeitskreise sind etablierte Zusammenkünfte (von Mitgliedern) der DWT, die sich mit fachlichen Spezifika der Wehrtechnik befassen. Die Arbeitskreise sind etwa: „Arbeitskreis Akustik“, „Elektrische Energietechnik“, "Marine Workshop", „Optik und Optronik in der Wehrtechnik“.[11]

Vorstand

Vorsitzender	Wolfgang Döring	Generalmajor a.D.
Stellv. Vorsitzender	Anke Höfer	CEO CONET Technologies Holding GmbH (Abwesenheitsvertretung)
Vorstandsmitglieder	Ulrich Bernhardt, Dr.-Ing.	Generalbeauftragter öAG THIELMANN WEW GmbH
	Tobias Ehlke	Oberleutnant d.R. Herausgeber und Geschäftsführer cpm Communications Presse Marketing GmbH
	Hubert Geml	Leiter Verteidigung, Innere Sicherheit Atos Information Technology GmbH

und viele weitere Mitglieder

(Stand: Januar 2022) Quelle: [12]

Präsidium

Zu den ca. 50 Präsidiumsmitgliedern gehören u.a. die folgenden Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags: Dirk Vöpel (SPD), (SPD), Florian Hahn (CSU), Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Gisela Manderla (CDU), Henning Otte (CDU), Bernd Siebert (CDU). Weiterhin ist der NRW-Landtagsabgeordnete Marc Lürbke (FDP) Mitglied.

Präsident	Claus Günther	bis 1. Nov. 2019 CEO und Mitglied im Vorstand von Diehl Defence[13]
Vizepräsident	Gisela Manderla	CDU, Mitglied des Bundestages, Mitglied des Auswärtigen- und des Verteidigungsausschusses
	Christian Badia	Generalleutnant Abteilungsleiter Bundesverteidigungsministerium
	Jürgen Beyerer, Prof. Dr. Ing. habil.	Vorsitzender Verbund Verteidigungs - und Sicherheitsforschung (VVS) der Fraunhofer Gesellschaft
	Andreas Burmester	ThyssenKrupp Marine Systems GmbH
	Hahn Boyek, Dr. jur.	Oberst d. R. Geschäftsführender Partner Bird & Bird LLP
	Erhard Bühler[14][15][16]	General a.D. bis 2020 Abteilungsleiter Planung im Verteidigungsministerium[17] bis Mai 2020 Befehlshaber im Joint Force Command der NATO in Brunssum[18]

Marcus Ernst	Leiter Vertrieb Defence und Industriekundengeschäft Mercedes-Benz Special Trucks; Daimler AG
Andreas Hammer	Senior Vice President Head of Spacecraft Equipment Airbus Defence and Space GmbH
Ingo Gädechens	(CDU) MdB Haushaltsausschuss

und viele weitere Mitglieder

(Stand: Januar 2022) Quelle: [19]

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Wolfgang Döring, Generalmajor a.D.
Leiter Büro Berlin	Frank Schleehuber
Repräsentant in Brüssel (Sprecher DWT Beirat Brüssel)	Jürgen Foag, Director Business Development NATO Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG

(Stand: Januar 2021) Quelle: [20]

Beirat der Repräsentanz in Brüssel

Die Mitglieder des Beirats der Repräsentanz in Brüssel waren hier abrufbar. Neben Vertretern der Rüstungswirtschaft und Militärs gehörten dazu u.a.

- Chrisitian Forstner, Hanns-Seidel-Stiftung
- Stefan Gerold, Konrad-Adenauer-Stiftung

Mittlerweile sind Informationen über den Beirat in Brüssel nicht mehr zu finden.

Im [Transparenzregister der EU] ist die DWT als solche nicht zu finden, allerdings stößt man bei der Suche nach der Gesellschaft auf die [Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG], welche als In-House-Lobbyisten registriert und ihrerseits Mitglied der DWT ist.[21] Die für die GmbH mit EU-Beziehungen beauftragte Person, Dr. Jürgen Foag, (Director Business Development EU) ist laut Website der DWT gleichzeitig der Sprecher des DWT Beirats in Brüssel (s.o.).[22][23]

Mitglieder

Die DWT besteht aus persönlichen Mitgliedern (Einzelpersonen), fördernden Mitgliedern (Rüstungsfirmen und Institute), außerordentlichen Mitgliedern (Personen und Vereinigungen, die den Zielen des Vereins nahestehen) und Ehrenmitgliedern.
Im Dezember 2021 zählte die DWT 1 150 Mitglieder.[24] 2020 waren dies 262 fördernde und 797 persönliche Mitglieder.[25]

Eine Liste der fördernden Mitglieder konnte ehemals hier abgerufen werden. Mitglieder des DWT e.V. waren laut eigenen Angaben im Jahr 2016 zu 50% Angehörige der Bundeswehr, ob aktiv oder im Ruhestand, 40% aus der Wehr– und Sicherheitswirtschaft und rund 10% der Mitglieder aus Forschung, Politik und sonstigen Betätigungsfeldern.[26]

Prominent ist die Mitgliedschaft des neuen SPD-Parteivorstandes Lars Klingbeil, dem eine Nähe zur Rüstungslobby vorgeworfen wird, die insbesondere durch die Mitgliedschaft und Teilhabe im Präsidium in der DWT (bis Ende 2017[27]) und im Förderkreis Deutsches Heer (wobei er aus diesem Verein ausgetreten ist)[28] [29].

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) ist 1957 auf Initiative der Rüstungsabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) gegründet worden. Zweck des Vereins ist die Förderung der Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik (§ 2 der Satzung vom 7. Mai 2013). Dazu bietet der Verein allen Interessierten aus Öffentlichkeit, Politik, Bundeswehr, Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Forschung eine neutrale Plattform für den Dialog. Die DWT verweist auf ihrer Webseite als Vorteil einer Mitgliedschaft u. a. auf ihr "Netzwerk aus Politik, Bundeswehr und anderen Organen der Exekutive, der Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung sowie der Medien."[30] Zu den Veranstaltungen gehören Vorträge, Workshops, Gesprächsrunden und Parlamentarische Abende.

Weiterführende Links

- Fragwürdige Ehrenämter, die Rüstungslobby im Bundestag, Blogbeitrag von Christina Deckwirth, LobbyControl,
- Nebenjobs in Lobbyvereinen: Wie die Rüstungsindustrie Politiker umgarnt, Blogbeitrag von Benita Schwab, Abgeordnetenwatch.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus



Einzelnachweise

1. ↑ Anmeldung zum Brüsseler DWT-Gespräch 2/2019, dwt-sgw.de, abgerufen am 07.04.2022
2. ↑ European Federation of Defence Technology Associations, Webseite der EDTA, abgerufen am 10.01.2022.
3. ↑ Geschichte der GSP Webseite der GSP, abgerufen am 10.01.2022.
4. ↑ IZK Berliner Querschuss, dwt-sgw.de von 2018, abgerufen am 14.04.2022
5. ↑ Abgeordnete: Steuerprivileg von Lobbygruppen streichen,Stuttgarter Nachrichten, 31. August 2015, abgerufen am 02.09.2015
6. ↑ Studiengesellschaft der DWT mbH (SGW), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
7. ↑ Studiengesellschaft der DWT mbH (SGW), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
8. ↑ Arbeitskreis Mittelstand Jahresbericht 2019, Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.

9. ↑ archivierte Webseite Initiativkreis Zukunft der DWT, dwt-sgw.de, abgerufen am 07.04.2022
10. ↑ IZK Berliner Querschuss, dwt-sgw.de von 2018, abgerufen am 14.04.2022
11. ↑ Wehrtechnische Arbeitskreise, Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
12. ↑ [1], Webseite DWT, abgerufen am 02.01.2022.
13. ↑ [2], Diehl Defence, abgerufen am 02.01.2021.
14. ↑ vgl. hier Berater im Verteidigungsministerium, Taz.de vom 28.06.2021, abgerufen am 02.01.2022.
15. ↑ 200.000.000€ - wofür?, Zeit.de vom 09.01.2019, abgerufen am 02.01.2022.
16. ↑ Eine Rechnung über drei Millionen, Taz.de vom 27.06.2019, abgerufen am 02.01.2022.
17. ↑ General Bühler in den Ruhestand verabschiedet, PM des Bundesministeriums der Verteidigung vom 27.05.2020, abgerufen am 02.01.2021.
18. ↑ [3], dbwv.de vom 29.05.2020, abgerufen am 02.01.2021.
19. ↑ [4] Webseite DWT, abgerufen am 02.01.2022.
20. ↑ [5], Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
21. ↑ Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG, Transparency Register bei der Europäischen Kommission, abgerufen am 10.01.2022.
22. ↑ Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG, Transparency Register bei der Europäischen Kommission, abgerufen am 10.01.2022.
23. ↑ [6], Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
24. ↑ Lobbyliste, Deutscher Bundestag vom 13.12.2021, abgerufen am 10.01.2021.
25. ↑ DWT Intern 1-2021, Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022
26. ↑ Sind Sie auch schon Mitglied der DWT?, Perspektiven 2016 der Verteidigungswirtschaft, Konferenzbroschüre, dwt-sgw.de, abgerufen am 10.01.2022.
27. ↑ Lars Klingbeil, Deutscher Bundestag, abgerufen am 14.01.2022.
28. ↑ Lars Klingbeil, Deutscher Bundestag, abgerufen am 14.01.2022.
29. ↑ Rüstungslobbyist des Tages: Lars Klingbeil, junge Welt vom 09.11.2021
30. ↑ Ihre Vorteile, Webseite dwt, abgerufen am 11.10.2013